



PROTOKOLL

DER 6. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2025, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort

Donnerstag, 13. November 2025
in der Aula Kirchacker, Neuhausen am Rheinfall

19:00 – 22:30

Präsenz

19 Einwohnerräte (ER): Fabian Bolli (GLP), Urim Dakaj (SP), Peter Fischli (FDP), Herbert Hirsiger (SVP), Arnold Isliker (SVP), Deborah Isliker (SVP), Sara Jucker (SVP), Matthias Koch (GLP), Bernhard Koller (EDU), Thomas Leuzinger (SP), Daniel Meyer (SP), Roland Müller (Grüne), Nina Schärer (FDP), Christian Schenk (SP), Dr. Ernst Schläpfer (parteilos), Urs Schüpbach (parteilos), Marco Torsello (FDP), Dr. Jakob Walter (parteilos), Isabella Zellweger (SVP)

Gemeindepräsident (GP): Felix Tenger (FDP)

Gemeinderäte (GR): Christian Di Ronco (die Mitte), Andreas Neuenchwander (SVP), Sabina Tektas-Sorg (SP), Marcel Zürcher (SP)

Gemeindeschreiberin: Sandra Tanner

Stell. Aktuar: Urs Schüpbach

Vorsitz

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Entschuldigt

Luka Vojinovic (Die Mitte), Barbara Zanetti (Aktuarin)

Protokoll

Das Protokoll der letzten Sitzung vom wurde genehmigt und wird nun im Internet publiziert.

Mitteilungen

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 22. August 2025

1. **Kleine Anfrage Nr. 2025/06 von Ernst Schläpfer** vom 08.09.2025 mit dem Titel «Kollegialitätsprinzip des Gemeinderates Neuhausen.»
2. **Kleine Anfrage Nr. 2025/07 von Arnold Isliker** vom 07.10.2025 mit dem Titel «Strassenbauprojekte und Sanierungen».
3. **Kleine Anfrage Nr. 2025/08 von Fabian Bolli** vom 09.10.2025 mit dem Titel «Bisher entstandenen Verwaltungskosten durch sieben Jahre auf der Burgunwiese».
4. **Interpellation Nr. 2025/04 von Herbert Hirsiger** mit dem Titel «Polarisiert der Gemeinderat an der Bevölkerung vorbei; Oktober 2025
5. **Postulat Nr. 2025/04 von Ernst Schläpfer** vom 30. 09.2025 mit dem Titel «Burgunpark».
6. **Motion Nr. 2025.01 von Arnold Isliker** vom 29.10.2025 mit dem Titel «Änderungen Verfassung (NRB 101.000) bzw. zur Streichung von Art. 3a».



Übrige beim Einwohnerrat liegende Geschäfte

Erheblich erklärte und noch nicht erledigte Motionen und Postulate

1. **Motion Nr. 2022.01 von Roland Müller** vom 21. Februar 2022 betreffend Definition von Grünflächen.
An der ER-Sitzung vom 12. Mai 2022 erheblich erklärt, Fristenerstreckung bis 31. Dezember 2024.
2. **Postulat Nr. 2022.05 von Fabian Bolli** vom 14. November 2022 mit dem Titel: Machbarkeit Ortsmuseum: Naturhistorische, industrielle und kulturelle Schätze Neuhausens zugänglich machen und in Wert setzen.
An der ER-Sitzung vom 2. März 2023 erheblich erklärt, Fristenstreckung bis 31. Dezember 2024.
3. **Postulat Nr. 2024.02 von Fabian Bolli** vom 16. September 2024 mit Titel «Beitritt zum Regionalen Naturpark auf zweite Betriebsphase prüfen».
An der ER-Sitzung vom 10. April 2025 als erheblich erklärt, Fristenstreckung bis 31. Dezember 2026.
4. **Postulat Nr. 2025.01 von Thomas Leuzinger** vom 10. März 2025 mit dem Titel: Einführung des 10-Minuten Taktes auf der Linie 7.
An der ER-Sitzung vom 15. Mai 2025 als erheblich erklärt.
5. **Postulat Nr. 2025.02 von Fabian Bolli** vom 10. März 2025 mit dem Titel: Busangebot an Abenden und am Wochenende verbessern.
An der ER-Sitzung vom 15. Mai 2025 als erheblich erklärt.
6. **Postulat Nr. 2025.03 von Roland Müller** vom 24. März 2025 mit dem Titel: Informative Tafel beim Berbiceweg.
An der ER-Sitzung vom 15. Mai 2025 als erheblich erklärt.

Pendente Kleine Anfragen

- Kleine Anfrage Nr. 2024/08 von Randy Ruh** vom 30.10.2024 mit dem Titel: «Strukturierte Entwicklung der Sportanlagen in der Gemeinde.»
1. **Kleine Anfrage Nr. 2025.06 von Ernst Schläpfer** vom 8. September 2025 mit dem Titel: Kollegialitätsprinzip des Gemeinderates Neuhausen.
Eingegangen: 9. September 2025
 2. **Kleine Anfrage Nr. 2025.07 von Arnold Isliker** vom 4. Oktober 2025 mit dem Titel Strassenbauprojekte und Sanierungen.
Eingegangen: 7. Oktober 2025
 3. **Kleine Anfrage Nr. 2025.08 von Fabian Bolli** vom 9. Oktober mit dem Titel: Bisher entstandene Verwaltungskosten durch sieben Jahre Planung auf der Burgunwiese.
Eingegangen: 10. Oktober 2025

Pendente Interpellation

1. **Interpellation Nr. 2025.04 von Herbert Hirsiger** vom 16. Oktober mit dem Titel: Politisiert der Gemeinderat an der Bevölkerung vorbei?
Eingegangen: 17. Oktober 2025

Der Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger begrüsst die anwesenden Einwohnerräte, Gemeinderäte, den Zentralverwalter, die Medien und Gäste zur 6. Einwohnerratssitzung des Jahres 2025. Einladungen und Traktandenliste wurden rechtzeitig zugestellt.

Somit ist die Einwohnerratssitzung eröffnet.

Traktandenliste

1. Wahl einer stellvertretenden Aktuarin oder eines stellvertretenden Aktuars für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall für die Sitzung des 13. November 2025.
2. Bericht und Antrag Stellenplan 2026.
3. Bericht und Antrag betreffend Budget 2026 inkl. Bericht und Antrag der GPK.
4. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2027-2029.
5. Bericht und Antrag betreffend Förderprogramm 2026-2030 inkl. Kommissionsbericht.
6. Beantwortung der Interpellation Nr. 2025.03 von Bernhard Koller und Herbert Hirsiger vom 25. Juli 2025 mit dem Titel: «Theateraufführung im Rosenbergschulhaus vom Juni 2025».
7. Beantwortung der Interpellation Nr. 2025.02 von Deborah Isliker vom 18. Juni 2025 mit dem Titel: Erhöhung der Nachtparkgebühren, Schutz der Parkplätze für Einheimische sowie Verbesserung der Kontrolle und Signalisation.

Noch nicht verhandlungsbereit:

8. Motion Nr. 2025.01 von Arnold Isliker vom 29. September 2025 mit dem Titel: Zur Änderung der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB101.000) bzw.; zur Streichung von Art. 3a.
9. Postulat Nr. 2025.04 von Ernst Schläpfer vom 30. September 2025 mit dem Titel: Burgunpark.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wünscht jemand das Wort zur Traktandenliste?

ER Arnold Isliker (SVP)

Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

An und für sich habe ich nichts zur Traktandenliste zu sagen.

Wir hatten Probleme die Stelle des Aktuars oder der Aktuarin zu besetzen. Besten Dank Urs Schüpbach, dass du dies übernommen hast.

Meine Frage an den Gemeinderat ist, ob man nicht auch hier einen Ersatzaktuar oder Aktuarin wählen sollte. Es kann ja sein, dass die Dame oder der Herr, welche/welcher dieses Amt bekleidet durch einen Unfall oder Krankheit plötzlich ausfällt, und dann stehen wir wieder vor einem Berg. Eventuell könnte man dies mit der Gemeindeschreiberin als Ersatz bekleiden. Besten Dank.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Meine Damen und Herren

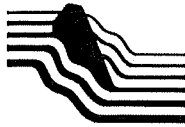


Grundsätzlich wird das Aktuariat durch den Einwohnerrat gewählt. Solltet ihr einen Stellvertreter wählen wollen, steht euch das frei. Ob das jemand aus der Verwaltung ist, müsste man noch diskutieren. Aber grundsätzlich könnt ihr selbstverständlich einen stellvertretenden Aktuar beziehungsweise Aktuarin wählen.

Herbert Hirsiger (SVP)

Wir hatten es dazumal besprochen, und wir hatten damals entschieden, dass, sollte ein solcher Notfall eintreten, man einen Ersatz finden wird.

Das, was mich an dieser Situation ein bisschen stört, ist, dass unsere Schreiberin frühzeitig, nach meinem Wissen, schon vor über einem Jahr, Bescheid gegeben hatte, dass sie heute nicht anwesend sein kann und angefragt hatte, ob die Sitzung nicht verschoben werden könnte. Da muss ich sagen, da haben wir versagt, denn wir können untereinander bestimmen, wenn eine Sitzung verschoben werden soll. Darum möchte ich an die Einwohnerräte nochmals appellieren, dass, wenn wir nochmals eine solche Situation haben sollten, und dies von ihr rechtzeitig gemeldet wird, dass wir - ich glaube wir brauchen 10 Stimmen dafür - eine separate Sitzung einberufen. Danke vielmals.



Traktandum 1

Wahl einer stellvertretenden Aktuarin oder eines stellvertretenden Aktuars für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall für die Sitzung des 13. November 2025.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wahl des stellvertretenden Aktuarin oder eines stellvertretenden Aktuars für die heutige Sitzung
Das Büro des Einwohnerrats schlägt Ihnen Urs Schüpbach vor.

Werden weitere Vorschläge gemacht?

Gemäss Art. 10 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats kann die Wahl offen erfolgen. Deshalb bitte ich Sie, Ihre Zustimmung mit Hand erheben zu bekunden.

Urs Schüpbach ist mit 18 Stimmen und einer Enthaltung gewählt worden.

Besten Dank. Damit erkläre ich Urs Schüpbach für gewählt.

Ich gratuliere ihm zu ihrer Wahl und frage ihn an, ob er die Wahl annimmt.

ER Urs Schüpbach (parteilos)

Sehr gern.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Das ist der Fall, besten Dank.

Traktandum 2

Bericht und Antrag Stellenplan für das Jahr 2026

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Zuständiger GR: Gemeindepräsident Felix Tenger

Grundlage: Stellenplan 2026

Das Wort erteile ich zuerst Gemeindepräsident Felix Tenger.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren

Der Stellenplan 2026 liegt ihnen vor, dieser ist Bestandteil des entsprechenden Budgets. Wir haben neu 115.6 Stellen, das sind rund 4 Stellen mehr als im Vorjahres-Budget 2025. Von diesen 4 Stellen sind rund 3.3 Stellen dem Neuhauser Schulmodell geschuldet, welchen sie im Mai dieses Jahres zugestimmt haben.

Nach wie vor versucht der Gemeinderat, mit moderaten Wachstum im Bereich der Stellen, den Mehranforderungen in Bezug auf Quantität und Qualität gerecht zu werden. Wir sind im letzten Jahr um ein paar 100 Leute in der Gemeinde gewachsen, das ist natürlich auch nicht spurlos an der Verwaltung der Gemeinde vorbeigegangen.

Dort braucht es also neue oder zusätzliche Stellen. Aber wie gesagt, wir versuchen wirklich mit einem moderaten Wachstum die Bedürfnisse der Völkerschaft zu erfüllen.

Auch bei den bewilligten Stellen haben wir eine Zunahme, eine deutlichere Zunahme als in den letzten Jahren, aber auch das ist der Erweiterung des Neuhauser Schulmodells zurückzuführen. Hier ist noch eine gewisse Flexibilität enthalten, da wir in Bezug auf die Klassen noch nicht genau wissen wie viele Leute dort tatsächlich gebraucht werden. Mit dieser Flexibilität können wir dann auch unterjährig Anstellungen vornehmen.

Sonst ist der Stellenplan eher unspektakulär. Der Gemeinderat beantragt ihnen die Zustimmung des Stellenplan 2026.

ER Walter Jakob (parteilos)

Meine Damen und Herren

Wir danken für diese exakte, man kann schon fast sagen akribische Aufstellung. Wir haben natürlich festgestellt, die Stellen nehmen zu, aber man kann sagen tröpfchenweise.

Wir sind uns natürlich auch bewusst, dass sowohl die Bevölkerung als auch der Anspruch zunehmen. Wir werden zustimmen.

GPK-Präsident ER Fabian Bolli

Ich bin darauf vorbereitet die 3 Traktanden: Stellenplan, Budget und Finanzplan zusammen zu bearbeiten, nicht desto trotz äussere ich mich zum kurzen Teil des Stellenplans dementsprechend jetzt als GPK Präsident.

Wie gesagt:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Gemeindepräsident, Dame Gemeinderätin und Herren Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste

Der Bericht der GPK liegt Ihnen vor, und zwar zu den gesamten drei folgenden Traktanden. Es erscheint zweckmässig gleich zu allen zusammen zu sprechen, ich spreche nun aber nur zum Stellenplan.



Es ist mir etwas schleierhaft, warum dieser jeweils vor dem Budget traktandiert wird, im Vorlagenpaket ist er ja weiter hinten. Jedenfalls hat die GPK hat diesen besprochen und ihm letztlich bei einer Enthaltung zugestimmt. Die Verschiebungen sind relativ gering und bei den grössten Punkten gut resp. logisch begründet, z.B. mit dem Neuhauser Schulmodell 2.0. Was aus Sicht der GPK weiterhin fehlt, sind die personelle Ressourcen, um strategische Projekte angemessen voranzutreiben. Den Rest hören Sie später.

ER Arnold Isliker (SVP)

Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Zum Stellenplan haben wir gross mehrheitlich keine Anmerkungen. Einzelne Fragen werden in der Detailberatung noch gestellt. Die einzelnen Verschiebungen hat uns der Gemeindepräsident bereits erklärt. SVP/EDU Fraktion ist für Eintreten. Besten Dank.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen

Der Stellenplan ist für mich so wie er ist absolut in Ordnung.

Ich habe allerdings ein Problem, und zwar habe ich das Problem, dass wenn wir die Rechnung 2024 anschauen, es darin Abrechnungen gibt, welche auf die zweite Stelle nach dem Komma (z.B. 1,24) berechnet wurden. Ich habe mit Wohlwollen festgestellt, dass man nun im 2025 auf die 0.05 gerundet hat.

Sie müssen sich vorstellen, ein Zehntel ist ein Nachmittag, also 4 Stunden – ganz genau arbeitet ihr ja 42 Stunden, aber ich habe es zum Rechnen etwas vereinfacht.

Wenn man nun hingeht und den Stellenplan auf 0.05 macht, dann betrifft dies 2 Stunden; bei 0.1 sind wir bei einem Tageszeitrahmen von 4 Minuten und 48 Sekunden.

Aus diesem Grund beantrage ich, dass man den Stellenplan von 2027 so korrigiert, dass nur noch eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt wird. Als Beispiel können sie im Stellenplan die +0.1 für einen Streetworker anschauen. Das ist sicher nicht eine Stelle, welche angestellt wird, das ist mir schon klar. Aber es ist natürlich einfach etwas schwierig, wenn man das so aufteilen muss.

Ich bin der Meinung, dass wir hier aufpassen müssen, dass wir nicht zum Parkinsongesetzt kommen, dass nämlich nicht 21 Leute so miteinander beschäftigen, dass sie keinen anderen Auftrag mehr annehmen können.

Bitte unterstützt meinen Antrag, dass im 2027 nur noch auf eine Kommastelle gearbeitet wird. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden. Eintreten ist somit beschlossen.

Möchte der Gemeindepräsident auf die Eintretensvoten antworten?

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren

Ich möchte vor allem etwas zum Votum und Antrag von Herbert Hirsiger was sagen. Die 0.01, welche wir hier im Stellenplan drinnen haben, das sind zum Teil Pensen von 25% - welche es tatsächlich so gibt.

Wir können dies schon zu Handen vom Einwohnerrat aufrunden, aber intern werden wir dies so weiterführen. Wir sind auch beim neuem Schulmodell dran: hier gibt es eine andere Abrechnung. Dort stellen wir auch Leute mit 16- 17 oder 18% an.



Aus diesem Grund würde ich beliebt machen, so dass man auch gegenüber dem Einwohnerrat dies transparent zeigen kann, die 2 Stellen auch weiterhin aufzuführen. Wenn sie etwas anderes wünschen, dann würden wir es trotzdem auf 2 Stellen machen und für den Einwohnerrat auf eine Stelle runden.

Dies würde dann wieder Fragen aufwerfen. Ich würde daher wirklich beliebt machen, dass man dies so beibehält.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wir kommen zur Detailberatung.

Keine Voten

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wird Rückkommen verlangt?

Wir kommen zur Beilage 1, «Pensendetails»

Keine Voten

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wird Rückkommen verlangt?

Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur **Abstimmung** über den Antrag auf Seite 4 der Vorlage. Dieser lautet:

Für das Jahr 2026 wird der Stellenplan mit 125.70 Stellen bewilligt.

Wer dem zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer dem nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben den Antrag mit 19 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Das Geschäft ist erledigt.

ER Ernst Schläpfer (parteilos)

Es steht noch der Antrag von Herbert im Raum.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Ich dachte dieser ist für 2027 gestellt. Dass das dann angeschaut wird.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Es macht natürlich keinen Sinn wenn der Gemeinderat nur für den Einwohnerrat rundet. Aber ich möchte wirklich beliebt machen, dass man darüber nachdenkt, wie sinnvoll es sei, dass man über Pensen von 0.01 redet. Ich sage es nochmals: es geht um 4 Minuten und 48 Sekunden, da dauert jedes Zigaretten rauchen, jedes Kaffee trinken länger. Also ich frage mich schon, ob das nicht zu einer gewissen Arbeitsbeschaffung führt. Ich habe null Verständnis dafür und bleibe bei meinem Antrag.



ER Jakob Walter (parteilos)

Ich bin mal als stellvertretender Friedensrichter bei der Gemeinde tätig gewesen. Die Stelle des Friedensrichters ist eine 10% Stelle, und die des Stellvertreter ist eine 1% Stelle. Also ich bin einer dieser 0.01% gewesen.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Somit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von Herbert Hirsiger. Dieser lautet wie folgt:

Der Gemeinderat wird aufgefordert den Stellenplan auf 2027 so anzupassen, dass nur noch eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt wird.

Wer dem zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer dem nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Dem Antrag wird mit 10 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung nicht zugestimmt.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Bericht und Antrag betreffend Budget 2026

Bericht und Antrag der GPK vom 26. September 2025 betreffend Budget 2026, Stellenplan 2026 und Finanzplan 2027-2029

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Grundlagen: Budget 2026
Bericht und Antrag der GPK

Zuständiger GR: Gemeindepräsident Felix Tenger
GPK-Präsident: ER Fabian Bolli

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren

Wir haben auf der ersten Seite die Übersicht des Budgets. Hier sehen wir im Bereich Aufwand, dass wir 2 Mio. höher sind als im Budget 2025; die 2 Mio. verteilen sich auf die 3 Positionen: Personalaufwand, Sachaufwand und Abschreibungen. Der Personalaufwand ist leicht gestiegen, das liegt am Neuhauser Schulmodell und dies haben sie auch schon beim Stellenplan gesehen. Auch der Sachaufwand ist leicht angestiegen und auch die Abschreibungen; nicht zuletzt auch wegen der Investitionen, welche entsprechend zunehmen.

Seitens Ertrag gibt es ebenfalls eine Zunahme. Eine relevante Zunahme haben wir im Fiskalertrag, wobei die natürlichen Personen leicht unter Budget 2025 budgetiert worden sind – dies ist der Steuerfussreduktionen geschuldet. Interessant sind die 27.3 Mio. von den juristischen Personen, hierzu sehen sie in der nächsten Folie weitere Details.



Überblick Budget



Budget 2026 : Wiederum sehr hohe Steuereinnahmen juristische Personen

Die höheren Kosten im Bildungs- und Sozialbereich können durch die Mehreinnahmen der juristischen Personen aufgefangen werden.

Beträge in Mio. Fr.	Budget 2026	Budget 2025	Veränderung in %
Erfolgsrechnung			
Aufwand	86.4	84.4	2%
davon Personalaufwand	14.9	14.1	6%
davon Sachaufwand	17.5	16.7	5%
davon Abschreibungen	5.9	5.5	8%
Ertrag	86.6	84.6	2%
davon Fiskalertrag	50.5	48.5	4%
Steuern natürliche Personen	22.1	23.4	-6%
Steuern Juristische Personen	27.3	24.0	14%
operatives Ergebnis	2.3	4.0	-44%
A.o. Aufwand/Ertrag	-2.9	-4.4	-34%
Einlagen/Entnahmen Eigenkapital	0.9	0.5	59%
Gesamtergebnis	0.2	0.2	41%
Investitionsrechnung			
Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen	11.1	12.0	-8%

Finanzreferat Neuhausen am Rheinfall

Budget 2026 / Finanzplan 2027-29

2

Das operative Ergebnis liegt bei 2.3 Mio. verglichen zu 4 Mio. im 2025; ausserordentlicher Aufwand/Ertrag liegt bei -2.9 Mio. verglichen zu den 4.4 Mio. – hier sind vor allem Zuweisungen an finanzpolitische Reserven abgebildet.

Das Gesamtergebnis liegt mit etwas über CHF 200'000.00 im schwarzen Bereich. Hier können wir sicher von einem positiven, gutem Budget sprechen, nicht nur wegen dem Jahresresultat, sondern auch weil wir finanzpolitische Reserven aufbauen können.

Die Folie 3 – „Steuereinnahmen Unternehmen steigen weiterhin...“

Die juristischen Personen – in grün – sehen sie im 2017 mit 10.43 Mio. und heute 2026 bei 27.30 Mio. So hoch haben wir noch nie budgetiert – auch wenn wir im 2024 Mal ein höheres Resultat hatten.

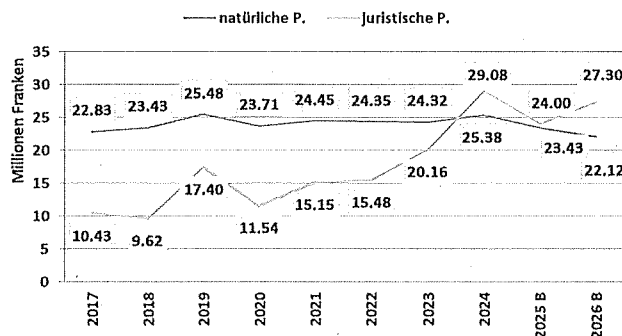
Wir gehen wirklich davon aus, dass im Bereich der juristischen Personen nächstes Jahr ein gutes Jahr werden wird; 2025 wird auch bereits ein gutes Jahr werden.



Steuereinnahmen Verhältnis juristische / natürliche Personen



Steuereinnahmen Unternehmen steigen weiterhin...



Finanzreferat Neuhausen am Rheinfall

Budget 2026 / Finanzplan 2027-29

3

Ich hatte bereits bei der Jahresrechnung gesagt, dass die OECD Übergangbestimmung bis Ende 2025 in Kraft gesetzt wurde, diese gilt ab 2026 dann nicht mehr. Die Unternehmen versuchen daher so viel wie möglich von ihrem Gewinn im 2025 zu versteuern, d.h. es wird einen Anstieg im 2025 geben. Da aber diese Steuern weit bis in 2026 hineingehen – Abschluss 31.03.; 30.06. oder 30.09. – wird das noch Auswirkungen auf 2026 und teilweise auch auf 2027 haben.

davon aus, dass es dann entsprechend wieder nach unten nivellieren wird.

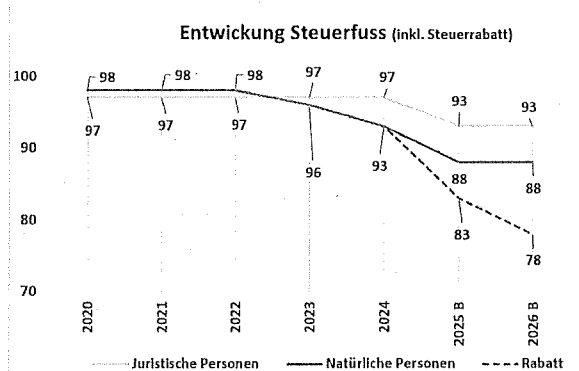
Bei den natürlichen Personen haben wir 22,12 Millionen budgetiert, das ist natürlich auch von der Steuerfussreduktion bedingt.



Steuereinnahmen Entwicklung Steuerfuss



... Mehreinnahmen kommen den natürlichen Personen zugute



Finanzreferat Neuhausen am Rheinfall

Budget 2026 / Finanzplan 2027-29

4

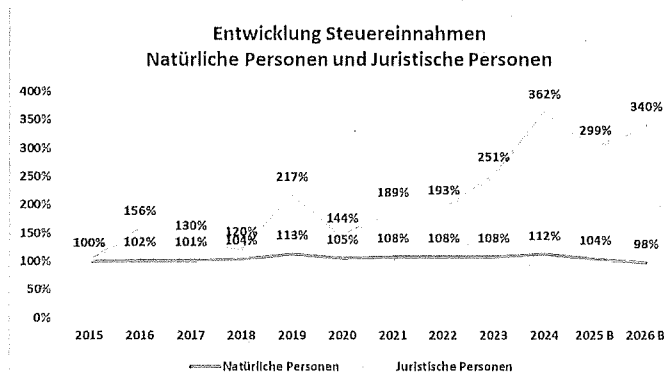
Wir sehen auf der nächsten Seite, dass die Steuereinnahmen den natürlichen Personen zugute kommen. Hier sehen wir auch die Entwicklung des Steuerfusses. Dieser beginnt im 2020 bei 98%, und wir stellen fest, dass die Steuern für die natürlichen Personen in den letzten 4 Jahren um 4 Punkte gesunken sind. Der Gemeinderat beantragt einen Steuerrabatt von weiteren 5%, auf 78% für das Steuerjahr 2026.

Bei den juristischen Personen bleiben wir bei den 93%. Laut OECD Steuer haben wir eine

Mindestbesteuerung vom 15%, da sind wir auf dem gleichen Niveau wie die Stadt Schaffhausen. So kommt die Ergänzungssteuer nicht zum Tragen. Die Ergänzungssteuern haben die Unternehmen nicht gern, kommt diese zu tragen, werden sie bei den anderen Staaten gemeldet und es gibt dementsprechend Verfahren. Sie möchten hier nicht auf dem Radar sein und wenn möglich unter dem Radar fahren. Mit diesen 93% passt das genau mit den 15% der OECD Steuer, aus diesem Grund werden wir das sicherlich so beibehalten, im Einklang auch mit der Stadt Schaffhausen und in Absprache mit dem Kanton.

Aber wie gesagt wirklich eindrücklich ist die Entwicklung das Steuerfusses inklusive Steuerrabatt bei den natürlichen Personen.

Steuereinnahmen Entwicklung Steuereinnahmen JP



Finanzreferat Neuhausen am Rheinfall

Budget 2026 / Finanzplan 2027-29

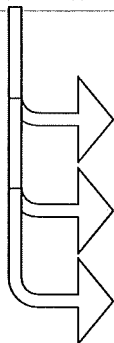
5

grosse juristische Personen, welche von der OECD besonders angeschaut werden. Es handelt sich um wenige Firmen knapp 20, welche den grössten Teil dieses Steuersubstrats ausmachen.

Verwendung Mehreinnahmen Steuern juristische Personen



Mehreinnahmen Steuern Juristische Personen



Steuerreduktion
natürliche Personen



Vorfinanzierungen
Gross-Investitionen



Risikominimierung
"Steuerausfälle"



Finanzreferat Neuhausen am Rheinfall

Budget 2026 / Finanzplan 2027-29

6

Was machen wir mit diesen Mehreinnahmen?

Da bleiben wir klar auf dem Focus, welchen wir das dritte und vierte Jahr hier schon präsentieren.

Es sind die 3 Säulen.

Die Mehreinnahmen der juristischen Personen, davon sind wir überzeugt, stehen uns nur eine gewisse Anzahl von Jahren zur Verfügung. Diese sind endlich: das muss man ganz klar sagen. Die anderen Staaten werden nicht tatenlos zuschauen, Stichwort OECD. Es wurden schon Bestrebungen gemacht – siehe Trump und die Bill, welche er

verabschiedet hat. In dieser sind gewisse Elemente enthalten, welche einen Sitz in Amerika kompetitiver machen würden, als wenn sie in der Schweiz verbleiben. Was dort dazu kommt ist die Frage zur Rechtssicherheit, hier werden einige Firmen dies abwägen. Es gibt natürlich auch andere Länder, die sich bemühen dieses Steuersubstrat zu bekommen zum Beispiel Singapur, welches intensiv lobbyiert.

Also, die Mehreinnahmen sind auf wenige Jahre begrenzt, wir gehen davon aus, dass es noch 2-3 Jahre anhalten wird, und dann wird es wieder nach unten gehen. Wie stark es nach unten gehen wird, können wir nicht sagen, dies ist sehr volatil. Das hat man auch letzstens in der Stadt Schaffhausen gesehen, wo plötzlich 25 Mio. fehlen. Dies könnte uns auch passieren, also nicht gerade 25 Mio., aber zum Beispiel ein Viertel der Einnahmen.



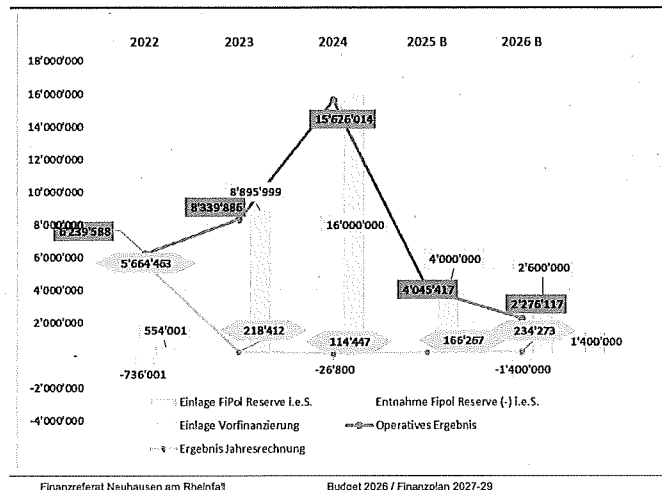
Darum dient eine der 3 Säulen als Risikominimierung für Steuerausfälle; eine andere Säule dient der Vorfinanzierung von Grossinvestitionen. Wir haben sehr viele Investitionen geplant, extrem viele Investitionen. Darum ist es sicherlich sinnvoll und vernünftig mit diesem Geld diese dementsprechend vorzufinanzieren. Dadurch wird die Last von zukünftigen Erfolgsrechnungen gemindert.

Die dritte Säule betrifft die Steuerreduktion für natürliche Personen, hierzu gab es bereits eine Folie: hier geben wir 10% als Steuerrabatt und über diesen sollten wir nicht gross verhandeln. Über die anderen 5%, welche wir nun fix reinnehmen würden, über diese kann man sicherlich noch diskutieren.

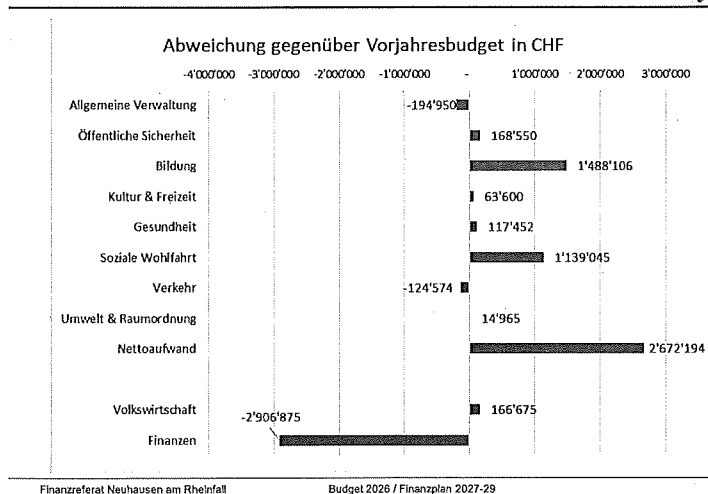
Zur Folie 7 und der Entwicklung der Resultate. 2 Punkte sind hier sicher relevant und interes-

sant: das operative Ergebnis, von 4 Mio. im 2025. zu 2.2 Mio. im 2026.

Hier zeigt sich, dass die Kosten ansteigen und dadurch das operative Ergebnis sich entsprechend reduziert. Was wir auch drin haben, sind eines oben dran, die 2.6 Mio. (finanzpolitischen Reserven), verbunden mit den - 1.4 Mio. – das sind finanzpolitische Reserven, welche wir auflösen müssen, da sie ihre Laufzeit erreicht haben. Gleichzeitig haben wir die Möglichkeit diese 1.4 Mio. CHF grad wieder als finanzpolitische Reserven weiterzuführen.

Entwicklung Resultate

Seite 8, Kostenabweichung. Bei der Abweichungen gegenüber Vorjahresbudget gibt es 2 Positionen, welcher erwähnenswert sind und welche man auch sieht, da diese recht ausschlagen.

Kostenabweichungen

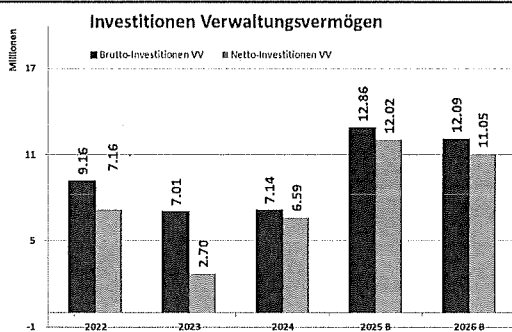
Das ist einerseits die Bildung mit 1.48 Mio. zu Vorjahresbudget – dies ist jedoch eine gewollte Zunahme, welche vom Stimmvolk auch so angenommen wurde. Das ist das Neuhauser Schulmodell, welches hier das erste Mal richtig durchschlägt.

Andererseits ist es die soziale Wohlfahrt mit einer Zunahme von etwas mehr über einer Mio.

Etwa die Hälfte ist IPV, die Prämienvorbildung. Die Rechnung des Kantons wird höher ausfallen. Die zweite Position mit etwas mehr als 400'000 CHF sind Sozialleistungen, und auch hier sind der grösste Teil Sozialleistungen, welche wir als Ausgleich an den Kanton zahlen. Das sind die beiden Treiber, welche hier enthalten sind.

Bei den anderen ist es mehr oder weniger „Business as usual“ oder sogar mit Abweichungen gegen unten. Die beiden Bereiche Bildung und soziale Wohlfahrt sind sicherlich diejenigen, die ordentlich eingesehen haben.

Budget 2026 Investitionen



Grösste Investitionen:

- Schulliegenschaften 3.4 Mio
- Strassenraum/Aufwertungen 2.5 Mio.

Die Investitionen Verwaltungsvermögen 2025/2026 liegen bei einer Grössenordnung von 12 Mio.

Hier gibt es eine leichte Reduzierung, da die Burgunwiese mit 1.5 Mio., hier noch enthalten ist, jedoch nicht ausgeführt werden kann.

Aber es sind immer noch über 10 Mio. und wir haben sicherlich noch einen Überhang aus den Verpflichtungskrediten der letzten Jahre, sodass wir sicherlich wieder in der Grössenordnung von 10-11-12 Mio. investieren werden.

Die grössten Investitionen sind

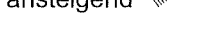
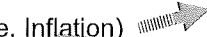
die der Schulliegenschaften mit 3.4 Mio. und Strassenraum/Aufwertungen mit 2.5 Mio.

Ich würde grad gerne zum Finanzplan übergehen, wenn wir schon bei den Zahlen sind, welcher das nächste Traktandum ist.

Finanzplan 2027 - 2029



- Konsolidierung ständige Wohnbevölkerung
- Sinkende Steuereinnahmen Unternehmen
- Steuereinnahmen natürliche Personen, tiefere Basis
- Personalkosten leicht steigend
- Sachkosten leicht steigend (Energie, Inflation)
- Kosten Bildungsbereich ansteigend
- Gebundene Ausgaben ansteigend
- Investitionen und Nettoschuld stark ansteigend



Der Finanzplan 2027-2029: Wir gehen davon aus, dass die ständige Wohnbevölkerung sich konsolidiert. Wir gehen davon aus, dass wir den Plafond nun erreichen werden.

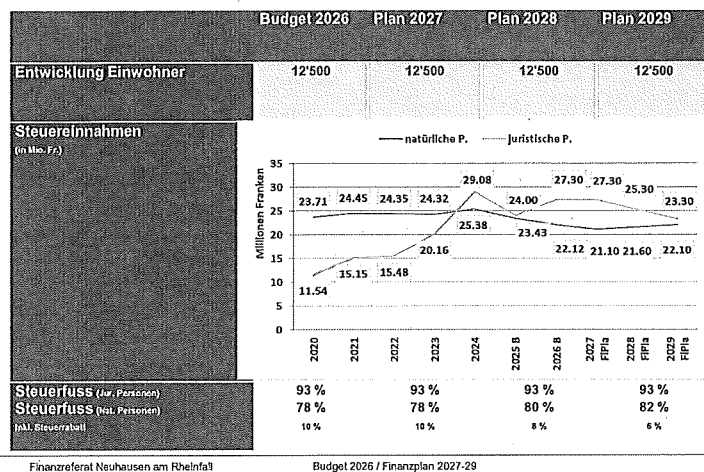
Bei den Steuereinnahmen der Unternehmen, wie bereits gesagt, gehen wir wirklich davon aus, dass diese sinken werden. Bei den natürlichen Personen müssen wir leider mit tieferen Steuereinnahmen rechnen; nicht wegen dem Steuerfuss, sondern wegen dem Kanton. Im Kanton sind gewisse Vorstösse hängig und auch der Regierungsrat bringt Vorlagen

zur Entlastung der natürlichen Personen. Diese werden relativ stark einschenken, auch seitens Gemeinde. Wir rechnen ab 2027 mit ca. 1 Mio. weniger Steuereinnahmen.

Die Personalkosten werden leicht steigen. Auch bei den Sachkosten rechnen wir damit, auch wenn die Inflation momentan nicht so hoch ist. Vor allem im Bereich Energie wird es keine Reduktion geben, sondern die Kosten werden eher ansteigen. Auch im Bildungsbereich gehen wir von ansteigenden Kosten aus ebenso bei den gebundenen Kosten. Dies ist ja nichts Neues. Ich bin doch schon einige Jahre dabei, und habe noch nie erlebt, dass die gebunden Ausgaben gesunken sind, sondern diese sind von Jahr zu Jahr immer entsprechend gestiegen.

Auch bei den Investitionen und der Nettoschuld gehen wir davon aus, dass diese stark ansteigen werden. Hier gehen wir noch im Detail darauf ein.

Finanzplan - Eckwerte



Wir sehen hier die Eckwerte. Die Entwicklung der Einwohner hatte ich bereits erwähnt. Dann bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen wird es zu einer leichten Reduktion kommen – ca. 1 Mio. Hier werden wir nicht drumherum kommen den Steuerrabatt wieder zu reduzieren.

Dies vor allem weil wir davon ausgehen, dass die Steuereinnahmen der juristischen Personen sinken werden. Dies ist jedoch eine Annahme, aber wir wollten einfach aufzeigen, dass wir der Meinung sind, dass der Peak erreicht ist, und dass die

Einnahmen wieder nach unten gehen. Dies wird gewisse Auswirkungen haben, dessen muss man sich einfach Bewusst sein, denn die Kostenseite wird trotz allem weiter steigen. Diese ist auch die letzten Jahre immer weiter angestiegen. Bis heute konnten wir immer alles finanzieren, da die Einnahmen der juristischen Personen entsprechend immer angestiegen sind. Falls das dann nicht mehr so ist, müssen wir über das Steuerniveau der natürlichen Personen reden. Wir haben die Schwankungsreserven, hier können wir 2 Mio. im 2028 und 4 Mio. im 2029 entnehmen, um das abzufedern und auszugleichen. Könnten wir dies nicht machen, dann hätten wir im 2029 einen Steuerfuss von 102%. Dies, um zu verdeutlichen, wieso wir finanzpolitische Reserven für Steuerschwankungen anlegen, genau um solche Ausschläge verhindern zu können.

Finanzplan - Eckwerte

	Budget 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
Nettoschuld je Einwohner (in Fr.)	-286	24	1'437	3'661
Steuerkraft je Einwohner (in Fr.)	4'905	4'807	4'576	4'066
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit (in Mio. Fr.)	1.950	-0.335	-2.898	-5.635
Einlagen/Red. FiPol Reserve	-1.4	0	-5.9	-4.0
Einlage FiPol Reserve (Vorfinanzierung Schulraum, Steuerausfälle JP) (in Mio. Fr.)	4.0	0.5	3.9	0
Gesamtergebnis (in Mio. Fr.)	0.234	0.210	0.061	-0.012

Finanzreferat Neuhausen am Rheinfall

Budget 2026 / Finanzplan 2027-29

12

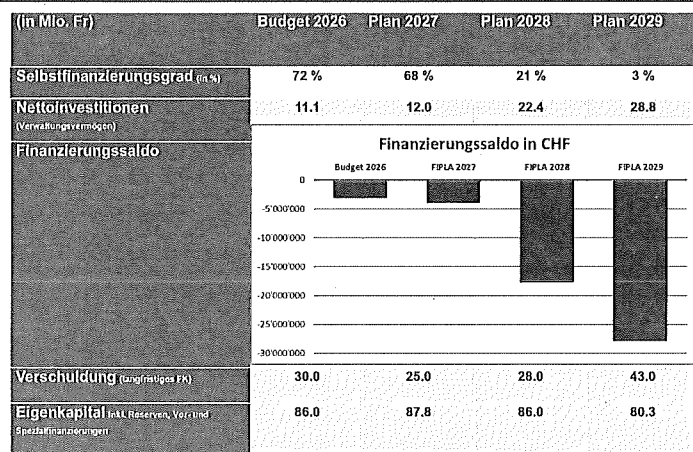
Wir haben auf der nächsten Seite die Nettoschuld. Hier haben wir momentan sogar ein Nettoguthaben, dies wird im 2027 wieder zu einer Nettoschuld werden. Diese ist mit 24.00 CHF pro Person vertretbar, hier kann man nicht viel dazu sagen. Aber es wird in den nächsten Jahren (bis 2029) einen Anstieg mit 3661.00 CHF pro Person geben.

Auch die Steuermkraft wird sich reduzieren, weil natürlich auch die Steuereinnahmen der juristischen Personen nach unten

gehen. Eindrücklich ist auch das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit. Ich hatte es bereits gesagt: diese reduzieren sich von 4 Mio. auf 2 Mio., dann gehen wir auf 0, bis wir schlussendlich auf -5 Mio. kommen.

Das Gesamtergebnis ist natürlich auch abhängig von den entsprechenden Entnahmen aus den finanzpolitischen Reserven. Je nachdem haben wir hier entweder schwarze oder rote Zahlen.

Finanzplan - Eckwerte



Finanzreferat Neuhausen am Rheinfall

Budget 2026 / Finanzplan 2027-29

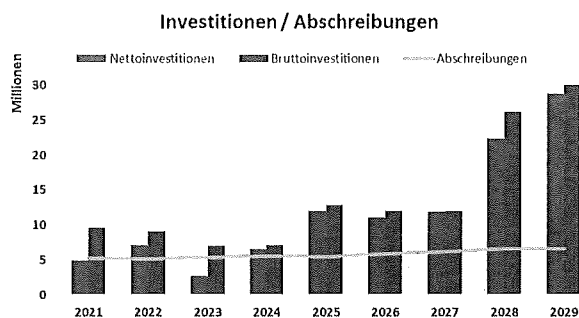
13

Interessant auf der nächsten Folie sind die ganzen Finanzierungen und Investitionen. Im Budget 2026 haben wir Nettoinvestitionen von 11.1 Mio., im 2027 - 12 Mio. im 2028 – 22.4 Mio. und 2029 dann 28.8 Mio. Diese steigen relativ stark an, im Umkehrschluss sehen wir auch die roten Säulen. Der Selbstfinanzierungsgrad reduziert sich dementsprechend. Das Areal Kirchacker ist nun auch in Planung, mit nochmals 30 bis 40 Mio. CHF. Dies sind in den nächsten 6 bis 7 Jahren also zirka 120 Mio. Franken an Investitionen, welche wir stemmen müssen. Im Normalfall ist

das für eine Gemeinde unserer Grösse und mit unserer Einwohnerschaft gar nicht stemmbar. Wir haben nun aber das Glück, dass wir die Steuereinnahmen der juristischen Personen haben, darum ist es insofern machbar, da wir hier finanzpolitische Reserven bilden können. Aber sonst muss man sagen, wenn man das Finanzierungssaldo anschaut, dass unter normalen Umständen dies effektiv gar nicht machbar wäre. Das zeigt einmal mehr, dass man mit den Einnahmen der juristischen Personen sehr sorgsam umgehen sollte.

Zur Verschuldung: diese wird wieder ansteigen. Wir haben momentan sehr viel Liquidität. Einen Teil dieser Liquidität können wir selbstverständlich verwenden, um das Verwaltungsvermögen zu finanzieren, aber irgendwann ist das Bankkonto wieder weiter unten und dann müssen wir wieder Geld aufnehmen. Dann werden wir das erste Mal nach 6 oder 7 Jahren wieder auf den Kapitalmarkt gehen und entsprechend Darlehen holen.

Finanzplan - Investitionen



Grösste Investitionen:

- Erweiterung/Erneuerung Schulraum > 35 Mio. Fr.
- FlaMa, Grünräume > 10 Mio. Fr.

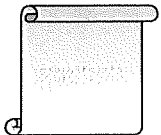
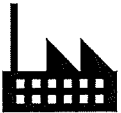
Finanzreferat Neuhausen am Rheinfall

Budget 2026 / Finanzplan 2027-29

14

Auf Seite 14, Investitionen und Abschreibungen, sehen wir was ich eben gesagt habe auch nochmal grafisch abgezeichnet.

Würdigung und Ausblick

Sehr gutes Budget 2026	Steuereinnahmen juristische Personen nach wie vor sehr hoch	Steuerreduktion Natürliche Personen um 5 %	Finanzplan: Peak Steuereinnahmen JP erreicht
			
Das Budget 2026 schliesst mit einem Plus von Fr. 234'273 ab. Das Personal erhält eine Lohnerhöhung von 1,3 % (Teuerungsausgleich und Individuell).	Die Steuereinnahmen der juristischen Personen sind mit Fr. 27.30 Mio. rekordhoch budgetiert	Die hohen Steuereinnahmen der Unternehmen erlauben eine weitere Steuerfussreduktion bei den natürlichen Personen (neu 10 % als Steuerrabatt für 2026)	Peak der Steuereinnahmen JP scheint erreicht, die weiteren Aufwandsteigerungen müssen nun durch Steuereinnahmen der NP getragen werden.

Finanzreferat Neuhausen am Rheinfall

Budget 2026 / Finanzplan 2027-29

15

Nun kommen wir zur Würdigung und zum Ausblick: Was man sicher sagen kann, ist, dass wir ein ausgezeichnetes Budget vorlegen können. Einerseits haben wir bei den natürlichen Personen eine Steuerfussreduktion von 5%. Wir haben 1,3% Lohnerhöhung für das Personal – Teuerungsausgleich und individuell. Bei den Steuereinnahmen der Juristen haben wir ein Rekordhoch budgetiert. Aber wie ich gesagt habe, wir gehen davon aus, dass der Peak so langsam erreicht ist und wir die Mittel, welche wir hier bekommen, mit

Sorgfalt und sinnvoll verwenden sollten. Aber insgesamt ist es sicherlich erfreulich und ich bin gespannt auf ihre Voten. Besten Dank.

GPK Präsident ER Fabian Bolli

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Gemeindepräsident, Dame Gemeinderätin und Herren Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste

Wie schon gesagt der Bericht liegt ihnen zu den drei Themen vor. Ich komme direkt zum Budget, dem Hauptteil heute Abend.

Die GPK hat sich mit dem Budget intensiv auseinandergesetzt und es anschliessend finanztechnisch und finanzpolitisch beurteilt. Die BDO unterstützte die GPK wiederum und die finanztechnische Beurteilung nimmt für die GPK daher einen immer kleineren Teil der Arbeit ein. Das finde ich persönlich gut so, denn so kann sich die GPK auf die strategischen Aspekte des Budgets konzentrieren. Namentlich der Steuerung des Gemeindehaushalts und nicht einzelner Rechnungen. Finanzpolitisch darf sicher noch gesagt werden, dass die Zentralverwaltung eine gute Reputation geniesst und die GPK sowie die BDO die professionelle Zusammenarbeit sehr schätzen.

Finanzpolitisch freut sich die GPK darüber, dass wiederum ein sehr gutes Budget erstellt werden konnte. Es soll erneut eine schwarze Null geben aber faktisch einen Überschuss von 2.2 Millionen gemäss operativem Ergebnis. Und das trotz des dabei bereits berücksichtigten Steuerrabatts von 5%. Gemeinde geht es finanziell weiterhin gut. Der Gemeinderat setzt seine Stossrichtung wie letztes Jahr in den drei Bereichen Steuern, Investitionen und Risikominimierung. Die GPK begrüsst, dass der Gemeinderat grundsätzlich an seinem eingeschlagenen Kurs festhält. Dies zwar mit Änderungen, die teilweise kritisch gesehen werden. Nun im Detail.

Zum Steuerrabatt: Die GPK unterstützt den Vorschlag des Gemeinderats, den Steuerrabatt um 5 Prozentpunkte auszuweiten grossmehrheitlich. Die finanzielle Lage lässt diesen Schritt zu und das Instrument des Steuerrabatts ist eine Antwort auf das politische Risiko, dass man dann doch zu mutig gewesen sein könnte. Die GPK lässt sich deshalb gerne weiter auf dieses Experiment des Steuerrabatts ein. Es ermöglicht einerseits eine Steuerfestsetzung in verhältnismässiger Höhe, ohne das Steuergeld einfach auf der hohen Kante angehäuft würde. Und andererseits können jederzeit 10 Steuerprozentpunkte «reaktiviert» werden, sollte es die Lage wirklich



erfordern. Das sind über den Daumen 10-mal CHF 300'000, also jährlich rund 3 Millionen potenzielle Mehreinnahmen. Weil der Steuerfuss einfach festgesetzt werden kann, ist das sehr direkt steuerbar - anders als etwa bei einem Unternehmen. Die Voraussetzung ist natürlich, dass sich alle Kreise im Zweifelsfall auch an diese Versprechen des Konzepts Steuerrabatt erinnern. Eine Minderheitsmeinung sei erwähnt, die es bevorzugen würde, den Steuerrabatt angesichts der Prognosen im Finanzplan nicht zu erweitern.

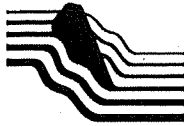
Zu den Investitionen: Eine Mehrheit der GPK ist der Meinung, dass die Investitionen grundsätzlich zu tief sind, insbesondere in die Entwicklung der Gemeinde. Einig war sich die GPK darin, dass die Gemeinde mehr Projekte braucht, in die sie sinnvollerweise, investieren kann. Diese beiden Meinungen widersprechen sich nicht unbedingt, sondern führen in der Theorie zu einer einfachen Konsequenz: Sinnvolle Projekte müssen vorangetrieben werden, damit man investieren kann. Und dafür fehlt es dann wahrscheinlich eben auch am Personal. Aktualisieren kann man zu diesem Thema sicherlich, dass abgelehnte Projekte die Investitionssumme natürlich reduzieren. Dahingehend darf der Gemeinderat auch entlastet werden und weiter auch dahingehend, dass es gewissermassen normal ist, dass nicht immer alle budgetierten Investitionen realisiert werden können. Die Frage der Investitionen ist dann irgendwo auch eine Fragestellung, die über den rein finanzpolitischen Aspekt hinausgeht und ich deshalb nicht weiter kommentieren möchte. Finanzpolitisch kann man zusammenfassend sagen, dass die GPK - mindestens mehrheitlich - befürworten würde, wenn die letztes Jahr angekündigte «deutliche Erhöhung der budgetierten Investitionen» auch umgesetzt würde. Über die Bildung der finanzpolitischen Reserven zur Vorfinanzierung von Projekten wird heute nicht beschlossen, sondern dann erst bei der Rechnung. Allgemein beurteilt die GPK Vorfinanzierungen positiv.

Zur Risikominimierung Steuerausfälle: Auch hier wird erst bei der Rechnung über die Bildung der vorgeschlagenen Schwankungsreserve entschieden. Die GPK begrüsst die Absicht das Risiko von Steuerausfällen zu minimieren. Die Tiefsteuerstrategie funktioniert, bringt aber auch Abhängigkeiten von einzelnen steuerstarken internationalen Firmen. Das Instrument der finanzpolitischen Reserve im Sinne von Schwankungsreserven, sieht die GPK aber traditionell kritisch. Das dürfte Ihnen bekannt sein und deshalb haben wir in unserem Bericht einmal versucht darzulegen, warum Schwankungsreserven das Risiko für die finanzielle Lage - ich möchte vorsichtig sagen «aus unserer Sicht» - nicht reduziert. Nicht ein bisschen weniger reduziert oder bisschen mehr reduziert, sondern nicht reduziert. Die Einkommenssituation verändert sich nicht. Echte Massnahmen zur Reduktion dieses Risikos werden wiederum sehr begrüsst, wie etwa Massnahmen zum Halten und/oder Ansiedeln von Firmen. Oder nicht zuletzt auch risikominimierende Massnahmen wie der Einsatz eines «Steuerrabatts» anstatt einer permanenten Steuerensenkung, die im Zweifelsfall ein Zurückkommen auf höhere Steuereinnahmen ermöglicht.

Zuletzt möchte ich zum letzten Geschäft in diesem Paket, dem Finanzplan, nur ein paar kurze Worte verlieren. Der Finanzplan prognostiziert das Erreichen eines «Peaks» der Steuereinnahmen in den nächsten Jahren und sogar einen leichten Rückgang. Ob das eintrifft und inwiefern das zu einer Anpassung bei den Steuern nach oben führen muss, darf zurzeit, als Glaskugellesen bezeichnet werden. Es beruhigt daher, wenn man das Konzept des Steuerrabatts im Hinterkopf hat. Das lässt aus meiner Sicht in Anbetracht des Volatilitätsrisikos eine weniger verkrampte Diskussion zu. Da sind wir politisch auch relativ einzigartig soweit ich weiss und darauf darf man – glaube ich – auch ein bisschen stolz sein.

Damit schliesse ich und danke dem Gemeinderat und dem Zentralverwalter für das Budget 2026 und den Kollegen aus der GPK für die stets kritisch-konstruktive Zusammenarbeit.

Meine Fraktion schliesst sich den Ausführungen an und folgt den Anträgen des Gemeinderats und der GPK.

**ER Marco Torsello (FDP)**

Geschätzter Gemeinderat, geschätzte Einwohnerratspräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die FDP Neuhausen am Rheinfall unterstützt die gemeinderätlichen Anträge zu Steuerrabatten und Steuersenkungen. Der vorgeschlagene, befristete Steuerrabatt von zehn Prozentpunkten für natürliche Personen mit einem effektiven Steuerfuss von 78 % ist wirtschafts- und bürgerfreundlich, wirkt inflationsdämpfend auf die Haushalte und stärkt die Standortattraktivität nicht nur der Gemeinde Neuhausen, sondern auch für den Kanton Schaffhausen. Für juristische Personen befürworten wir die Beibehaltung des Steuerfusses von 93 % im aktuellen eher unsicheren Wirtschaftsumfeld. Diese Konstanz gibt Unternehmen Planbarkeit, ohne die solide Finanzlage der Gemeinde zu gefährden.

Das Budget 2026 haben wir eingehend studiert. Es schliesst mit einem moderaten Ertragsüberschuss ab, trotz steigender Nettoaufwände in Bildung und Soziales. Vor allem in der Bildung werden durch die Annahme des Neuhauser Schulmodells 2.0 wiederkehrend die Aufwände hochbleiben, sodass sich aus freisinniger Sicht das Budget ausgewogen präsentiert. Wir sind der Meinung, dass die Gemeinde mit ihrer Stossrichtung den Spielraum aus den anhaltend hohen - und dennoch für die Zukunft unsicheren - Steuereinnahmen der juristischen Personen zielgerichtet nutzt, sprich: Gezielte Entlastung der Bevölkerung via Steuerrabatt, massvolle, vorausschauende Investitionstätigkeit und Stärkung durch finanzpolitische Reserven. Angesichts geopolitischer und wirtschaftlicher Unsicherheiten von der globalen Konjunktur über Regulierungsinitiativen bis zu möglichen Standortentscheiden von Konzernen – ist die Bildung und Bewirtschaftung von Reserven sinnvoll. Sie federn mögliche, kurzfristige Einnahmeschwankungen ab und verhindern hektische Steuerfusskorrekturen. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass Reserven Mittel zum Zweck bleiben und die notwendige Umsetzung priorisierter, wertschaffender Projekte nicht verzögern sollen.

Die FDP anerkennt, dass die Einführung und der Ausbau des Neuhauser Schulmodells 2.0 sowie gesetzliche Mehrbelastungen im Sozialbereich zusätzlichen Personalbedarf auslösen. Der Budgetstellenplan enthält bewusst Flexibilitätsreserven u. a. für eine unterjährige Anpassung im Schulbereich sowie zur Überbrückung bei Vakanzen. Aus freisinniger Sicht ist dieser Ansatz vertretbar, wenn er mit klaren Zielgrössen, laufendem Controlling und einer konsequenten Wirkungsmessung unterlegt wird. Insbesondere bei der Bildung und im Bereich Soziales ist dies sicherlich schwierig zu bewerkstelligen, aber müsste machbar sein. Positiv werten wir, dass Aufgaben weiterhin überprüft und, wo wirtschaftlich sinnvoll, ausgelagert werden nach dem Prinzip „Leistung dort erbringen, wo sie am besten und günstigsten erbracht werden kann“. Wir werden sämtliche gemeinderätlichen Anträge unterstützen.

ER Arnold Isliker (SVP)

Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Vorab besten Dank an Fabian Bolli, für sein hervorragendes Referat und die Darstellung seitens GPK.

Ich als GPK Mitglied kann mich grundsätzlich meinem Vorrednern anschliessen, und teile deren Meinungen, ausser, dass zu wenig investiert wird.

Hier bin ich ganz der Meinung des Gemeinderates. Momentan sind es viele kleinere Posten für Sanierungen, ausserdem den Neubauten der Kindergärten, aber auch Kleinvieh macht Mist.

Wir werden in den kommenden Jahren diverse grosse Brocken zu stemmen haben, und sind dann froh wenn wir auf die Reserven zurückgreifen können.

Wie schnell es gehen kann wenn Steuereinnahmen wegfallen, sehen wir am Beispiel der Stadt Schaffhausen – angeblich soll es wieder besser gehen – oder in Dörflingen, mit 10% Steuerfusserhöhung.

Das kann auch uns treffen. Das kann sich sehr schnell ändern, das muss nicht andauernd wiederholt werden.



Erfreulich ist, dass wir einen Steuerrabatt von 10% gewähren können, welcher jederzeit widerrufen werden kann, wenn es die Situation erfordert, trotz der Ausgleichszahlungen an die notleidenden Landgemeinden, bei denen auch die Gemeinde Neuhausen zum Zuge kommt. Wir werden dementsprechend auf die Anträge eintreten.

Gerne würde ich den Meinung der SVP/EDU Fraktion anhängen.

Diese ist deckungsgleich mit dem, was ich bereits vorgetragen habe. Wir stimmen sowohl der Lohnerhöhung von 1,3% als auch dem Steuerrabatt zu, und bedanken uns beim Gemeindepersonal für die geleisteten Dienste, und deren sorgfältigen Umgang mit den Steuergeldern. Besten Dank.

ER Ernst Schläpfer (parteilos)

Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen

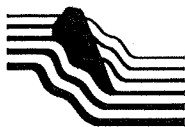
Die SP/ Grüne Fraktion stellt fest, dass der Gemeinderat wiederum ein Budget vorgelegt hat, wie es nach dem Budgetprozess in den vergangenen Jahren zu erwarten gewesen ist. Die Ausgaben und Investitionen sind wiederum leicht zu hoch angesetzt, so ist man auf der sicheren Seite. Die Einnahmen wurden vorsichtig budgetiert, man weiss ja nie, die Situation mit den juristischen Personen könnte ja wirklich kippen. Allerdings scheint der Gemeinderat selber nicht sehr überzeugt, dass dies in absehbarer Zeit passiert, er setzt nämlich selber im Finanzplan erst ab 2028 sinkende Einnahmen ein und auch 2029 prognostiziert er Mindereinnahmen von nur gerade 4 Mio. also weit weniger als er selbst immer wieder in den Raum wirft. Sie mögen sich sicher noch an die 10 Mio. in der Rechnungsdebatte erinnern.

Wie auch immer, der Gemeinderat legt ein Budget vor, das trotz einem erklecklichen Steuerrabatt mit einem millionenschweren Überschuss abschliessen wird. Auf Seite 4 können sie nachlesen, dass er mit immerhin 9 Mio. CHF. rechnet. Selbst wenn die Verwaltung immer noch leicht ausgebaut wird, steht die Gemeinde Neuhausen im Moment finanziell ausserordentlich gut da, weist sogar ein Prokopfvermögen aus, was doch eher aussergewöhnlich ist. Da würden sich zahlreiche europäische Staaten und selbst die USA ganz herzlich bedanken. Deshalb ganz herzlichen Dank zum sorgfältigen Budget.

Und eben, weil die Ausgaben eher zu hoch budgetiert sind, zudem teilweise auch jetzt schon klar ist, dass budgetierte Investitionen nicht getätigt werden und der Einnahmen nicht allzu viel weniger ausfallen werden, dürfen wir uns heute schon überlegen, was mit den grossen Überschüssen angerichtet werden soll. Der Gemeinderat schlägt wiederum vor, dass man diese Ende 2026 in die Finanzpolitischen Reserven stecken soll, obwohl wir ja dieses Jahr bereits zum ersten Mal finanzpolitische Reserven auflösen mussten.

Aber wie gesagt, die Frage, die wir stellen dürfen, ist eigentlich eine finanzpolitische Luxusfrage, viele Finanzminister würden sich die Hände reiben, wenn sich eine solche stellen würde. Wir leben in den guten Jahren, und müssen uns überlegen, was sollen wir mit den vielen Überschüssen machen sollen.

Korrekt wäre natürlich zuerst einmal eine entsprechende Steuersenkung, der Staat nimmt ja von seinen Einwohnern und seinen Unternehmern viel mehr ein, als er eigentlich braucht und die Gemeinde darf ja gesetzlich nur das an Steuern einfordern, was sie wirklich braucht. Das schlägt der Gemeinderat ja nun vor, als Steuerrabatt, weil alle wissen, dass einmal gesenkte Steuern nur schwer wieder erhöht werden können. Dieser Rabatt genügt, aber natürlich immer noch nicht, um die Überschüsse loszuwerden.



Der Gemeinderat schlägt darum erneut vor, dass diese in finanzpolitische Reserven gesteckt werden sollen, damit wenn dann wirklich einmal weniger kommt, die Steuern weiter tief gehalten werden können. Die Überlegung ist vielleicht gar nicht so schlecht, sind tiefere Steuereinnahmen vorhanden, wird es den Einwohnern nicht wirklich gut gehen und wenn es diesen nicht gut geht, wird es erst recht schwierig, die Steuern zu erhöhen.

Die SP/ Grüne Fraktion, als Vertreter der eher weniger finanzstarken Einwohner in diesem Rat, liegt die Steuerfrage nicht so am Herzen, wie den bürgerlichen Parteien. Wir würden es bekanntlich lieber sehen, wenn mehr in die Infrastruktur und vielleicht sogar in die eine oder andere Einrichtung, die einfach nur der Lebensqualität dient, investiert wird. Das strebt der Gemeinderat offensichtlich nicht an, aber irgendwie habe ich je länger, je mehr Verständnis für ihn. Wenn er nämlich kleinere oder grössere Investitionen vorlegt, legt die SVP sowieso ein Veto ein, diese wollen bei allem sparen ausser bei Parkplätzen und Strassen, ist halt eine Einthemapartei geworden. Und nachdem nun ja auch noch die FDP ihrem Finanzreferenten bei jeder noch so kleinen Investition in den Rücken fällt, verstehe ich, dass der Gemeinderat lieber nichts macht. Offensichtlich hat auch die FDP nur ein Thema, zwar nicht der Verkehr, aber dann das Geld, die Finanzen. Ich bin persönlich einmal gespannt, wann wir auch in Neuhausen wieder bereit sein werden, parteiübergreifend nach Lösungen zu suchen, als einfach gegeneinander zu arbeiten. Vielleicht muss bei uns auch zuerst einer mit einer Kettensäge oder einer blonden Pferdesträhne auftreten und möglichst viel kaputt machen, bis wir begreifen, dass wir Lokalpolitiker miteinander und nicht gegeneinander arbeiten müssen.

Ach ja, zu guter Letzt, wir SP/ Grüne Fraktion hätten uns durchaus vorstellen können, dass auch die Mitarbeitenden der Gemeinde und nicht nur die Steuerzahler von der guten Finanzlage etwas mehr profitiert hätten. Wir wären auch mit einer grösseren Erhöhung als nur 1.3% Lohnprozents einverstanden gewesen, werden aber auch keinen entsprechenden Antrag stellen.

Nun wie gesagt, die SP/ Grüne Fraktion wird mit dem finanzpolitischen Vorgehen des Gemeinderats wenig glücklich, muss sich aber auch angesichts des Verhaltens der bürgerlichen Parteien vorläufig damit abfinden. Warten wir halt die nächsten Wahlen ab, in dieser Amtsperiode wird daran nichts mehr zu ändern sein.

Die SP/ Fraktion wird deshalb dem Budget und den entsprechenden weiteren Anträgen mehrheitlich zustimmen. Es kommt allerdings ein Antrag aus unserer Fraktion zum Steuerrabatt.

In der Detailberatung werden aus der Fraktion noch weitere Fragen gestellt werden, aber eben eher zu Details.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Gemeinderat, Kolleginnen und Kollegen

Ernst leider hast du mich jetzt etwas herausgefordert: es ist ja immer wieder schön, wenn man das hört. Hör dich doch ein bisschen um, wie so das Lohngefüge, welches in der Wirtschaft bezahlt wird, ist. Bitte versteht mich nicht falsch, ich bin absolut dafür, dass man ein ordentliches Gehalt bezahlt. Ich bin absolut dafür, wenn es die Finanzen erlauben, dass auch das Personal von der Gemeinde, welches mehrheitlich gut arbeitet, unterstützt wird. Aber ich denke, dass wir mit 1,3% recht gut dastehen. Ansonsten empfehle ich einen Blick ins Rechtsbuch, und darin das Reglement über die Arbeitsverhältnisse, dort sind nämlich die Lohnbänder aufgeführt. Man kann dort sehen was das Minimum und Maximum ist. Zwischen 6 und 8000 ist der Durchschnittslohn der Bevölkerung, und dann sehen Sie, dass es bei uns nicht so schlecht aussieht.

Dies als Antwort auf deine Bemerkung.



Eigentlich komme ich vor bezüglich des Steuerfusses: ich möchte nicht hinterher, wenn die Abstimmung stattfindet, erst damit kommen, sondern ich möchte meinen Antrag jetzt stellen. Ich bin der Meinung, wir müssen mit dem Black Friday aufhören. Dort gibt es nämlich Rabatt, Rabatt und nochmals Rabatt, und nun sind wir von 5% Rabatt auf 10% Rabatt gegangen. Aus diesem Grund werde ich den Antrag stellen, dass man den Steuerfuss ordentlich auf 83% setzt und die 5% Steuerrabatt ebenfalls dazu nimmt. Denn 10% hoch und runterzugehen, das hat für mich einen Beigeschmack, den ich so nicht hinnehmen möchte. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden. Eintreten ist somit beschlossen. Möchte der Gemeindepräsident auf die Eintretensvoten antworten?

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Danke vielmals Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

Danke für die wohlwollende Aufnahme dieses Budgets. Ich bin nicht wirklich überrascht, denn es ist ein wirklich sehr gutes Budget, welches den Steuerzahlern dementsprechende Einsparungen bringt.

Es sind zwei oder besser gesagt drei Themen, welche ich herausgreifen möchte:

Einerseits, dass die Investitionen zu tief oder sind sie zu hoch seien. Der Gemeinderat ist ganz klar der Meinung sie sind sicher nicht zu tief, definitiv nicht zu tief. Das konnte ich auch mit dem Finanzplan aufzeigen. Es wäre fahrlässig jetzt noch mehr Geld auszugeben, und was wir sicher nicht machen werden, ist Geld, ohne ein Projekt auszugeben.

Die Aussage des GPK Präsidenten, es fehle Personal, ist nicht korrekt. Wir haben genug Personal in der Bauverwaltung, allenfalls ist es dann bei der Ausführung so, dass man merkt, dass die Unternehmen sehr gut ausgelastet sind. Aber intern haben wir sicherlich genug Personal.

Ich habe auch versucht aufzuzeigen, dass das normale Niveau an Investitionen bei unserer Gemeindegrösse 5 bis 6 Mio. CHF wäre, um finanziell gesund dazustehen.

Wir reden jetzt von 10 bis 11 Mio., und werden 2028 auf 30 Mio. ansteigen. Das sind die Perspektiven, die wir uns vor Augen führen müssen. Wie man hier sagen kann, dass die Investitionen zu tief sind, ist mir wirklich schleierhaft.

Zum Steuerrabatt, das, was soeben Herbert Hirsiger gebracht hat. Es ist von mehreren Votanten gesagt worden, die Steuern zu senken ist relativ einfach, aber anschliessend wieder entsprechend zu erhöhen ist eher schwierig.

Genau aus diesem Grund haben wir das Instrument des Steuerrabattes. Dadurch zeigen wir eine gewisse Flexibilität, auch gegenüber der juristischen Personen. Hier sind wir momentan bei den Einnahmen so hoch oben, dass wir hier einfach entsprechende Flexibilität brauchen, ansonsten würde die Gemeinde anschliessend ausgehungert werden.

Wir müssen uns einfach vor Augen führen, dass es ohne weiteres möglich ist, dass wir 10 Mio. nach unten gehen, auch wenn Ernst Schläpfer meinte, es wäre zu schwarz gemahlen. Wir haben momentan mit 3 bis 4 Mio. CHF im Finanzplan gerechnet, aber es können auch mehr sein. Wir wollten einfach aufzeigen, dass wir mit diesen Einnahmen nicht unendlich lang rechnen können. Irgendwann ist es fertig, und dann geht es nach unten. Wie schnell, das können wir nicht sagen.

Es wird nicht '28 oder '29 sein, aber, dass es nach unten geht, darüber sind wir uns relativ sicher. Wir sind nicht die Einzigen, welche diese Meinung vertreten, sondern sowohl der Kanton als auch die Stadt gehen davon aus, dass das Ende absehbar ist.

Ich habe vorhin versucht zu erläutern, dass dies auch von den internationalen Rahmenbedingungen abhängig ist und wir hier in Neuhausen sehr wenig diesbezüglich ausrichten können. Ebenfalls können die Unternehmen, mit welchen wir hier kommunizieren, diesbezüglich wenig ausrichten. Die Entscheidungen werden im Hauptsitz in den USA getroffen, oder bei der OECD



in Paris. Es wurde gerade jetzt wieder darüber diskutiert, was bis Ende Jahr seitens OECD noch kommen wird. Das bringt zu grossen Unsicherheiten, und wir hoffen, dass hier nichts mehr allzu Spektakuläres kommt. Aber wie gesagt die Unsicherheit ist nach wie vor gross.

Wir verwahren uns definitiv gegen der Aussage, dass die Ausgaben zu hoch budgetiert seien. Diese sind korrekt budgetiert, das sieht man dann jeweils bei der Rechnung, dank der grossen Budgetdisziplin der Gemeindeangestellten. Ich gebe den oft genannten Dank gerne dem Gemeindepersonal weiter.

Bezüglich der 1,3%, wir haben 0,3% Teuerungsausgleich, wenn man in den Markt rein schaut ist das ein schöner Betrag. Dazu kommt, dass das Gemeindepersonal eine Arbeitsplatzsicherheit hat, welche im Moment sehr wichtig ist, wenn man sieht, dass in den KMU -vor allem im Transport- es oft zu Kurzarbeit kommt. Das ist sicherlich ein Mehrwert, welche diese Mitarbeiter haben. Aber ich werde den Dank sehr gerne weitergeben.

Zu der SP und den Steuersenkungen, dass diese ihnen nicht so am Herzen liegen würden. Ich mag mich noch schwach an letztes Jahr erinnern, als wir 10% beantragt hatten und die SP dann gekommen ist und 12% verlangt hat. Also offensichtlich hat sich hier die Einstellung geändert. Aber wie gesagt, grundsätzlich wurde das Budget gut aufgenommen, vielen herzlichen Dank hierfür. Ich freue mich auf die weitere Diskussion.

ER Vize-Präsident Roland Müller (Grüne)

Sehr geehrte Einwohnerratspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste

Eigentlich wollte ich auch erst am Schluss sprechen, aber da Herbert bereits einen Antrag gestellt hat, stelle ich den Antrag ebenfalls jetzt, damit klar ist, dass hier auch von uns bzw. meinerseits was kommt.

Auch wenn eine Steuerreduktion für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist, verdient die Diskussion um eine Senkung des Steuerfusses für natürliche Personen eine nüchterne, verantwortungsvolle Betrachtung. Als Gemeinde stehen wir in einem komplexen finanzpolitischen Spannungsfeld, das kurzfristige Entlastungen gegen langfristige Stabilität und Gemeinwohlinteressen abwägen muss. Die Steuersubstrate bei juristischen Personen sind volatile. Einzelne Grosszahler prägen das Steuerbild stark, doch deren Erträge unterliegen Konjunktur- und strukturbedingt Schwankungen.

Neuhausen steht vor wichtigen Investitionen in Bildung, Infrastruktur, soziale Angebote und die ökologische Transformation. Diese sind nicht nur notwendig, sondern auch Ausdruck unserer Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.

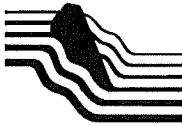
Die Sitzung wird um 20:24 für 10 Minuten aufgrund von Soundproblemen unterbrochen.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Ich erteile ER Roland Müller das Wort für seine Schlussworte.

ER Vize-Präsident Roland Müller (Grüne)

Ein so hoher Rabatt schränkt die Handlungsspielräume für solche Investitionen empfindlich ein. Wer heute auf Einnahmen verzichtet, riskiert morgen Leistungsabbau oder Gebührensteigerungen, von denen insbesondere einkommensschwächere Haushalte betroffen wären. Eine Senkung des Steuerfusses würde den Schuldenabbau verlangsamen oder gar stoppen – mit langfristig höheren Zinslasten und geringerer Flexibilität in Krisenzeiten.



Eine solide Finanzpolitik verlangt, dass wir zuerst unsere Hausaufgaben machen, bevor wir über Entlastungen diskutieren.

Fazit:

Eine Senkung des Steuerfusses mag populär erscheinen, ist aber finanzpolitisch nicht tragbar. Sie gefährdet die Stabilität unserer Gemeindefinanzen, schwächt unsere Investitionskraft und konterkariert den Schuldenabbau. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag den Steuerrabatt auf 5% zu belassen.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wir kommen zur Detailberatung.

Grundlage für die Beratung bilden das Budget 2026 und der Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 26. September 2025.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass alle Anträge des Gemeinderats und der GPK als gestellt gelten.

Im Weiteren bitte ich Sie, sofern Sie zu einer Seite sprechen, diese vor Beginn Ihres Votums deutlich zu bezeichnen. Damit erleichtern Sie die Protokollierung der Sitzung enorm. Zudem bitte ich Sie Anträge schriftlich beim Präsidium abgeben.

Seite 15

6 VERKEHR

6150 Gemeindestrassen; Bau, Signalisation und Beleuchtung

ER Jakob Walter (parteilos)

Meine Damen und Herren

Ich habe eine Frage zum Strom ÖB, Konto 3120.00. Ich nehme an es geht hier um die öffentliche Beleuchtung. Neuhausen hat ja angefangen auf Stromsparbeleuchtung umzuschalten, klar um weniger Energie zu brauchen. Es müsste sich aber auch im Finanziellen äussern. Warum wird es nicht billiger?

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Geschätzte Einwohnerratspräsidentin, geschätzte Anwesende

Ich sage gerne etwas dazu. Wenn wir die Rechnung 2024 anschauen, dann sind wir ungefähr bei 130'000.00 CHF; jetzt haben wir 110'000.00 budgetiert. Wir haben also bereits mit einem Rückgang budgetiert. Die Umstellung auf LED haben wir 2024 – 2025 - 2026 geplant, und jetzt spüren wir es so langsam die Auswirkungen. Im Gegenzug haben wir erhöhte Netzkosten seitens EKS. Aber im Grundsatz haben wir etwas tiefer budgetiert im Vergleich zur Rechnung 2024.

ER Jakob Walter (parteilos)

Danke

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wünscht jemand das Wort zum Budget der ara Röti, der KBA Hard oder der MKD Pflumm?

ER Herbert Hirsiger (SVP)
Geschätzte Frau Präsidentin

Ich kann nicht zu einem einzelnen Punkt reden, sondern mir geht es generell um die Frage: der Energieverbund Neuhausen bezieht die Wärme ja aus der Kläranlage, gibt es hierzu irgendeine Gegenverrechnung oder wird die Wärme kostenlos zur Verfügung gestellt, da man froh ist, dass man die Wärme nicht im Rhein abgeben muss. Gibt es hier irgendeine Gegenverrechnung?

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)
Frau Präsidentin, meine Damen und Herren

Selbstverständlich gibt es hier eine Gegenrechnung, es ist nicht gratis. Diese weiss ich jetzt aber auswendig nicht. Aber selbstverständlich gibt es eine Gegenrechnung.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)
Wünscht jemand das Wort zu den per E-Mail versandten Budgetdetails, die nicht mehr Bestandteil des offiziellen Budgets sind?

ER Fabian Bolli (GLP)
Geschätzte Anwesende

Ich würde gern einen Antrag zu Lasche 4, Seite 76, Konto 7900.3130.00 (Planungskredit CHF 50'000 Ortsmuseum).

Das Postulat 2022/5 mit dem Titel «Machbarkeit Ortsmuseum» ist immer noch offen, die Frist wurde zwischenzeitlich zweimal verlängert und läuft Ende Jahr erneut ab. Ich glaube es grenzt an eine Gewissheit, dass der Auftrag des Postulats bis Ende Jahr nicht erfüllt sein wird. Den Fraktionen liegt eine ausführlichere Begründung vor.

Um den Auftrag des Postulats angemessen erfüllen zu können, braucht es aber spätestens jetzt die Mittel. Eine fachliche Begleitung werden wir uns spätestens nächstes Jahr einkaufen müssen. Deshalb beantrage ich, einen Planungskredit über CHF 50'000 im Budget 2026 einzustellen. Der Gemeinderat hat mir einen Vorschlag zum Konto gemacht, womit folgender Antrag resultiert:

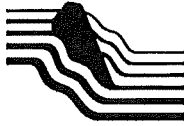
Das Konto 7900.3130.00 «Dienstleistungen Dritter» wird um CHF 50'000 erhöht, für die Aufnahme der neuen Position «Planungskredit Ortsmuseum (Postulat 2022/5)».

Die Abwicklung über einen Nachtragskredit überlasse ich dem Gemeinderat, ebenso ein allfälliger Ausgleich. In der Rechnung wäre das dann zu sehen.

Dass nach all der Zeit nicht von Anfang an ein Betrag eingestellt wurde, bedaure ich. Es gäbe noch viel zu sagen. Ich möchte aber heute vor allem einmal die Weichen stellen für ein angemessen aufgegleistes Projekt. Den Betrag von CHF 50'000 habe ich angesichts der Komplexität der Fragestellung von anderen Planungsprojekten in unserer Gemeinde abgeleitet. Derselbe Betrag wurde z.B. für das Grün- und Freiraumkonzept aufgewendet.

Mir liegt der Projekterfolg am Herzen, ich würde mich über Ihre Zustimmung freuen.

ER Herbert Hirsiger (SVP)
Lieber Fabian



Ich habe absolutes Verständnis für deine Ungeduld. Ich habe auch nichts gegen die 50'000.00 CHF, welche dafür vorgesehen werden, nur der Zeitpunkt ist falsch.

Es gibt eine Arbeitsgemeinschaft, deren warst du Teil. Diese hat verschiedene Sachen aufgleist. Ich bin der Meinung, es macht keinen Sinn, dass wir jetzt etwas ins Budget aufnehmen, solange man dort noch nicht mehr weiss. Ich finde wir sollten zuerst den Bericht und Antrag abwarten und dann können wir über einen Kredit sprechen. Ich bin der Meinung, dass der Betrag in Ordnung sei, aber ich bin auch der Meinung, dass das ja nicht jetzt sein muss sondern lieber das nächste Mal. Danke schön.

GR Andreas Neuenschwander (SVP)

Danke vielmals. Eigentlich hätte ich zu den Ausführungen von Fabian sprechen wollen. Nun mach ich es jetzt. Herbert hat einiges vorgegriffen.

Vielen Dank für deine Ausführungen Fabian. Du warst auch Teil der Arbeitsgruppe zum Ortsmuseum, wie Herbert es bereits angetönt hat.

Diese hat im Laufe dieses Jahres sehr gut gearbeitet. Die Arbeitsgruppe hat den Fächer über ein reines Ortsmuseum geöffnet -Erlebniswelt- und eine Studie zu einer Neuhauser-Erlebniswelt an einen Tourismus-Studiengang der Hochschule Luzern gegeben. Das Ergebnis kommt am 18.12.2025, also auch nach der nächsten Einwohnerratssitzung.

Es gilt nun dieses abzuwarten und auszuwerten. Eine grüne Wiese für einen Studienauftrag erscheint wenig sinnvoll, weil die Gefahr besteht, dass solch allgemeine Studien in einer Schublade verschwinden. Weitaus zielführender ist, dass die Arbeitsgruppe im kommenden Jahr, in Zusammenarbeit mit einem ausgewiesenen Spezialisten Details ausarbeiten.

Diese könnten dann durchaus in einer Studie enden, wofür dann im Konto 7900.3130.00 bis zu 20'000.00 CHF bereitstehen würden. Einen Vorschlag des Gemeinderates, dieses Konto um den von Fabian genannten Betrag, wurde nicht gemacht, das hat Fabian von sich aus so interpretiert. Wie schon im Bericht und Antrag vom November 2024 ausgeführt, kann ein Ortsmuseum mit der Arealentwicklung Kirchacker mitgedacht werden. Der Gemeinderat empfiehlt an diesem Vorhaben festzuhalten und bittet den Rat deshalb, den Antrag abzulehnen. Über das Postulat oder über die Weiterführung des Postulates diskutieren wir an der nächsten Einwohnerratssitzung.

ER Fabian Bolli (GLP)

Besten Dank Andreas für die Ausführungen.

Ich möchte einfach noch festhalten, dass ich heute nicht in die inhaltlichen Details gehen möchte, weil ich glaube, dass es dem Projekt schaden würde. Ebenfalls würde es meiner Meinung nach dem Prozess schaden. Es ist in Ordnung den Auftrag mit der Hochschule Luzern weiterzuführen, was aber vielleicht noch wichtig ist Herbert: ich bin damit einverstanden, dass die momentane Phase, wie sie eingeführt wurde, so weitergeführt wird, aber das Budget wäre ja für nächstes Jahr. Es geht gerade darum, dass man anschliessend dieses Budget bereits eingestellt hat. Wie wir inhaltlich weiterfahren, können wir nächstes Mal diskutieren.

Mir liegt vor allem der Projekterfolg am Herzen, deshalb verzichte ich auf weitere Ausführungen.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wird Rückkommen verlangt?

Wir kommen zu den Abstimmungen.

Antrag Fabian Bolli (GLP)

Das Konto 7900.3130.00 «Dienstleistungen Dritter» wird um CHF 50'000.00 erhöht, für die Aufnahme der neuen Position «Planungskredit Ortsmuseum (Postulat 2022/05).

Wer dem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Wer dem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Enthaltungen

Dem Antrag wird mit 9 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Meine Damen und Herren

Das Konto 7900.3130.00 wird normalerweise über das Konto des Gemeindeentwicklungsfonds ausgeglichen, über das Konto 7900.4980.00. Falls Sie das auch möchten, und ich denke man sollte es gleich handhaben wie bei den anderen Projekten, dann müsste noch jemand den Antrag stellen, dass die Finanzierung über das Konto 7900.4980.00 läuft, und dieses Konto ebenfalls um 50'000.00 CHF angehoben wird. Falls dies nicht gemacht wird, wird sich das Resultat um 50'000.00 CHF verschlechtern.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wer stellt den Antrag?

ER Fabian Bolli (GLP)

Ja, dann mache ich das.

Im Sinne des Wortlautes des Präsidenten – ich war eigentlich der Meinung, dass ich das mit dem Satz: „Die Abwicklung über einen Nachtragskredit überlasse ich dem Gemeinderat, ebenso ein allfälliger Ausgleich“, abdecke und dem Gemeinderat die Freiheit überlasse. Wenn das aber benötigt wird, dann stelle ich gerne einen dementsprechenden Antrag:

Das entsprechende Konto wird um den entsprechenden Betrag erhöht.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Die Nummer des Kontos ist die 7900.4980.00.

ER Fabian Bolli (GLP)

Ich weiss um welches Konto es gehen würde. Aber ich dachte, da es eh über einen Nachtragskredit finanziert wird, braucht es keinen Antrag.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Der Nachtragskredit muss auch gegenfinanziert werden. Wenn sie hier noch ein Statement dazu abgeben könnten, wäre das noch hilfreich.

ER Fabian Bolli (GLP)

Das habe ich gemacht. In meinem Sinne ist das euch überlassen.

ER Ernst Schläpfer (parteilos)

Ich bin etwas erstaunt, es wird jetzt ziemlich kleinlich, oder?

Dass sich das Resultat um 50'000.00 CHF verschlechtert, sollte man die Gegenfinanzierung nicht aus dem oben genannten Konto nehmen, ist logisch. Aber dann können wir auch darüber



reden, dass ein Burgun Park in der Investitionsrechnung drinnen ist, den es sowieso nicht geben wird, dadurch verbessert sich das Resultat wieder.

Aber es ist logisch. Ich finde, es handelt sich hier um einen Antrag, welcher angenommen wurde, und dieser verschlechtert natürlich das normale Resultat; dieser muss nicht gegenfinanziert werden. Ich verstehe diesen Antrag schlicht und einfach nicht.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren

Ich versuche es nochmals zu erklären: das Konto für Dienstleistungen für Dritte, ist ein Konto, welches für Projekte, welche der Entwicklung der Gemeinde dienen. Hier haben wir die Usanz, das haben wir immer so gehandhabt, dass dies über den Gemeindeentwicklungsfond gegenfinanziert wird.

Das heisst, dass die Summe, welche im Konto 3130 drin ist, ebenfalls in 4980 enthalten ist, und es dadurch gegenfinanziert wird.

Wenn ich hierzu nun kein ablehnendes oder negatives Votum dazu höre, dann werden wir das gerne so machen; dann braucht es auch keinen Antrag. Ihrem Schweigen entnehme ich, dass wir das so machen können.

Beschluss:

Der zusätzliche Betrag wird als Nachtragskredit genehmigt und durch das Konto 7900.4980.00 gegenfinanziert.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wir kommen zum Antrag von Roland Müller.

Antrag Roland Müller:

Der Steuerrabatt ist auf 5% zu belassen.

Wer dem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer dem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Dem Antrag wird mit 11 zu 8 Stimmen nicht zugestimmt.

Antrag Herbert Hirsiger:

Der Steuerfuss wird auf 83% ordentlich und 5% Steuerrabatt befristet für 2026 festgelegt.

Wer dem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer dem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Dem Antrag wird mit 17 zu 1 Stimmen bei einer Enthaltung nicht zugestimmt.

Wir kommen nun zu den Anträgen vom Gemeinderat und GPK:

Antrag 1

Erhebung einer Gemeindesteuer gemäss den Bestimmungen des kantonalen Steuergesetzes vom 1. Januar 2001 und den seither beschlossenen Änderungen von 78.0 Prozent für natürliche Personen (88.0 Prozent ordentlich, 10 % als Steuerrabatt befristet für 2026 = 78.0 Prozent) und 93.0 Prozent für juristische Personen.

Wer dem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer dem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Enthaltungen

Dem Antrag wird mit 12 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Antrag 2

Genehmigung des Budgets 2026 inklusive einer Erhöhung der vom Gemeinderat beeinflussbaren Lohnsumme um 1.3 % sowie von Fr. 20'000.00 für individuelle Lohnmassnahmen. Die gezielte Verteilung liegt in der Kompetenz des Gemeinderates.

Wer dem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Ziff. 1 dieser Anträge untersteht gemäss Art. 14 lit. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2023 (NRB 101.100) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4

Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2027 – 2029.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Grundlage: Finanzplan 2027 – 2029

Zuständiger GR: Gemeindepräsident Felix Tenger
GPK-Präsident: ER Fabian Bolli

Das Wort erteile ich zuerst Finanzreferent Felix Tenger und anschliessend dem GPK-Präsidenten, ER Fabian Bolli

Das Wort hat Finanzreferent Felix Tenger

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren

Ich kann es kurz machen, wie bereits vorgängig in der Präsentation aufgeführt, habe ich an und für sich keine weiteren Voten zum Finanzplan.

GPK Präsident ER Fabian Bolli

Keine Voten

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Das Wort zum Eintreten ist frei.

ER Roland Müller (Grüne)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste

Die SP-Grüne-Fraktion nimmt den vorliegenden Finanzplan 2027–2029 zur Kenntnis– jedoch unter klarer Priorisierung: Investitionen zum Wohle der Gemeinde und gezielter Schuldenabbau müssen Vorrang haben vor kurzfristigen Steuersenkungen. Die jüngsten Entwicklungen in der Stadt Schaffhausen mahnen zur Vorsicht: Der sogenannte Oktoberbrief offenbarte einen überraschenden Rückgang der Unternehmenssteuern um 24 Millionen Franken. Neu ist die Reduktion nur noch 11 Millionen. Diese Korrekturen zeigen deutlich, wie abhängig und anfällig kommunale Haushalte gegenüber einzelnen Grosszahlern sind, so gerne wir das Geld auch nehmen.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden. Eintreten ist somit beschlossen.

Wünscht der Gemeindepräsident Felix Tenger das Wort zum Eintreten?

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Nein danke.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wir kommen zur Detailberatung.

Grundlage für die Diskussion bildet der Finanzplan 2027-2029.

Im Weiteren bitte ich Sie, sofern Sie zu einer Seite sprechen, diese vor Beginn Ihres Votums deutlich zu bezeichnen. Damit erleichtern Sie die Protokollierung der Sitzung enorm.

Ich rufe die einzelnen Kapitel auf.

Seite 4

3. Ergebnisse Zusammenfassung

ER Daniel Meyer (SP)

Geschätzte Präsidentin, geschätzter Gemeinderat, Kolleginnen und Kollegen

Ich habe eine Frage direkt an den Finanzreferenten zur Nettoschuld je Einwohner: weshalb korreliert diese Nettoschuld je Einwohner nicht mit der Verschuldung „Langfristiges Fremdkapital“, vor allem in den Jahren 2026-2028. Mir ist nicht klar, wieso dies nicht zusammenhängt. Vielleicht können sie mich da erhellen.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren

Ich versuche es. Die Nettoschuld hängt nicht nur vom Fremdkapital ab, sondern sie ist auch vom Finanzvermögen abhängig. Das Fremdkapital ist eine bestehende Grösse, welche abgebaut wird. Davon abgezogen wird das Finanzvermögen, unter anderem auch die liquiden Mittel. Wenn sich diese jetzt auch verändern, dann verändert sich auch das netto Fremdkapital; allerdings anders als das Fremdkapital.

Das ist jetzt in den Jahren 2026-2027 der Fall, hier nehmen die langfristigen Darlehen von 30 auf 25 Mio. ab, auch das Finanzvermögen nimmt von 61 Mio. auf 50 Mio. ab.

Das führt dann zu einer Veränderung des Nettofremdkapital von fast 4 Mio. was sich wiederum in der Nettoschuldrechnung niederschlägt. Ich weiss, das ist jetzt nicht ganz so einfach nachzuvollziehen, vor allem, nachdem ich dies nicht projizieren kann. Gerne kann ich es auch anschliessend Daniel Meyer in einer Excel Tabelle erklären, welche wir entsprechend vorbereitet haben. Es kommt aber wirklich daher, dass das Fremdkapital nur ein Teil der Nettoschuld ist.

Seite 9

7.2 Selbstfinanzierungsgrad

ER Daniel Meyer (SP)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Erneut eine Frage an den Finanzreferenten, diesmal zum Selbstfinanzierungsgrad.

Wir wissen, dass laut Plan wir 2029 einen sehr schlechten Selbstfinanzierungsgrad haben werden. Wir haben nun beschlossen, dass wir die Steuer senken werden etc.

Mich nimmt es Wunder, was das Finanzreferat gedenkt zu machen, um diese Zahl wieder ins Lot zu bringen. Das einfach so hinzunehmen, finde ich doch etwas mutig. Sie führen hier auf, was diese Prozentzahlen hier bedeuten sollen, und hier waren wir bis jetzt gut bis vertretbar, und saufen nun ab bis zu einem deutlichen ungenügend. Das sollte ja nachhaltig nicht so bleiben, und mich würde die Perspektive des Finanzreferats interessieren, um dies wieder auszubügeln.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)



Frau Präsidentin, meine Damen und Herren

Der Finanzierungsgrad ist dann relevant, wenn er über einen längeren Zeitraum, mehrere Jahre, schlecht ist. Wenn er für 1- 2 Jahre etwas unter 100% ist, ist dies noch kein Grund zur Beunruhigung, vor allem wenn man grössere Investitionen hat.

Aber was wir hier natürlich sehen, ist, dass wir hier über mehrere Jahre unter 100% sind. Wie ich schon eingangs während der Präsentation gesagt habe, wenn wir nicht diese finanziellen Mittel hätten, welche wir von den juristischen Personen erhalten und auf Seite legen können, dann würden alle Alarmglocken schellen. Dann könnten wir das auch nicht stemmen. Das geht definitiv nur durch die Steuereinnahmen der juristischen Personen. Sie sehen auch in der Verschuldung, wie sich das verändert. Wir sind ungefähr auf den gleichen Punkt wie vor 10 Jahren, dort hatten wir 3'500.00 CHF Schuld pro Kopf; dort hatten wir auch über die Investitionen diskutiert. Die ganze Schulraumplanung ist in diesen 3'500 CHF Schuld pro Kopf einkalkuliert; dann kommt noch das Kirchenacker Areal dann sind wir bei 5 bis 6000 CHF.

Wir sind dann am oberen Ende, aber es ist immer noch vertretbar. Wir achten hier sehr stark darauf, natürlich. Es ist auch wichtig, dass wir es einerseits finanzieren können, aber andererseits, dass wir es in der Rechnung mit den Abschreibungen kompensieren können. Dafür haben wir auch die finanzpolitischen Reserven. Es tut uns im Bereich der Finanzierung etwas weh, aber hier helfen uns die Einnahmen – die liquiden Mittel; auch bei den Abschreibungen tut es uns etwas weh, dafür kreieren wir nun diese Vorfinanzierungen, welche die entsprechenden Rechnungen dann entlasten. Das können wir uns effektiv nur leisten weil wir diese Steuereinnahmen haben.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall.

Somit haben Sie vom Bericht des Gemeinderats über den Finanzplan 2027-2029 Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 5

Bericht und Antrag betreffend Förderprogramm 2026-2030 inkl. Kommissionsbericht.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Zuständiger GR:

Gemeindepräsident Felix Tenger

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst dem Kommission-Präsidenten, ER Fabian Bolli.

Kommissionspräsident ER Fabian Bolli (GLP)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Gemeindepräsident, Dame Gemeinderätin und Herren Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste

Der Bericht der Kommission liegt ihnen auch hier vor. Übrigens: Wenn ihnen der ganze Ablauf hier irgendwie vertraut vorkommt – mir auch. Ich habe nachgeschaut: Bei der Beratung des letztjährigen Budgets durfte ich ebenfalls zuerst als GPK-Präsident zu ihnen sprechen und dann noch eine Vorlage vertreten, damals war es die Geschäftsordnung.

Item: Damals wie heute war die Zusammenarbeit in der entsprechenden Spezialkommission wohlwollend, sachlich und konstruktiv. Wir haben über Lösungen diskutiert und sie meist auch konsensuell gefunden. Der Beizug von Herrn Roman Schwarz, Energiebeauftragter des Kantons Schaffhausen und Verantwortlicher der Förderprogramme, empfand ich persönlich als sehr nützlich und fruchtbar. Die Änderungen, die aus der Kommission hervorgehen sind nicht weltverändern. Ich habe in einem juristischen Lehrbuch einmal die Bemerkung gelesen, dass Gesetzestexte im parlamentarischen Prozess in der Regel aus juristischerer Sicht nicht besser würden. Hier könnte v.a. durch die Beratung von Herrn Schwarz mutmasslich das Gegenteil eingetroffen sein, weil wir einige Begrifflichkeiten mit dem kantonalen Standard in Einklang gebracht haben. Einige andere formelle Änderungen und Korrekturen haben wir ebenfalls vorgenommen.

Inhaltlich schlägt Ihnen die Kommission einige eher kleinere Änderungen an der Verordnung und der Vorlage vor.

Es ist dies erstens, das von der FDP geäußerte Anliegen, dass bei den Batteriespeichern auch Anlageerweiterungen berücksichtigt, werden sollen.

Zweitens, das Anliegen eines Kommissionsmitglieds, dass auch kleinere Batteriespeicher berücksichtigt werden sollen. Daraufgehend haben wir eine Abstufung des Beitrags in Abhängigkeit der Batteriekapazität in kWh vorgenommen, um damit eine etwas elegantere Lösung zu übernehmen und damit auch Betrugsfällen wiederholter Inanspruchnahme des vorherigen Pauschalbetrags von 1000 Franken vorzubeugen.

Drittens, das Resultat der Diskussion zu Art. 10 bzgl. der Weitergabe der Förderbeiträge an die Mieter, welche in einem knapp mehrheitlichen Antrag zur Streichung des Satzes führte. Dies war derweil der einzige übernommene Antrag, der etwas umstritten war. Die ausführliche Begründung liegt ihnen vor. Die Kurzfassung: Trotz der Streichung bleibt die Bestimmung im Prinzip gültig, wenn auch schwierig umsetzbar in der Praxis. Es geht allgemein und v.a. im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde um kleine – beinahe marginale - Beträge.

Viertens, das Anliegen der SP/Grünen, dass im Falle einer frühzeitigen Ausschöpfung des Rahmenkredits, der Gemeinderat dem Einwohnerrat rechtzeitig einen Nachtragskredit oder einen



Bericht und Antrag vorzulegen hat. Sollten Nachtragskredite gesprochen werden, fallen diese nebst dem Rahmenkredit auch unter das bewilligte Budget im Sinne von Art. 11.

In den Schlussabstimmungen empfiehlt Ihnen die Kommission die Vorlage einstimmig zur Annahme mit der Ausnahme einer Enthaltung bei der Sprechung des Rahmenkredits. Ich danke den Beteiligten für die konstruktive und speditive Kommissionsarbeit.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Das Wort zum Bericht und Antrag hat der zuständige Gemeindepräsident Felix Tenger.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren

Das Eintreten hatte ich bereits das letzte Mal gemacht, dies möchte ich nicht nochmal wiederholen. Ich möchte mich bei der Kommission und dem Präsidenten für eine konstruktive und effiziente Sitzung bedanken. Ich bin überzeugt, dass das Förderprogramm, welches uns jetzt vorliegt mit den 3 Pfeilern – einerseits Gebäudehülle, andererseits Anschluss an den Wärmeverbund und drittens die Subvention von Batterien – den einen oder anderen Anstoss ermöglichen, so dass die Leute auch im Bereich Energie haushalten und sich überlegen das eine oder andere zu machen.

Der Gemeinderat hat die Änderung der Kommission besprochen und hat beschlossen, dass es sehr gute Änderungen sind, welche er mittragen kann. Auch den Antrag 4, dass man bei einer Ausschöpfung des Rahmenkredits einen dementsprechenden Antrag für einen Nachtragskredit stellt, befürwortet der Gemeinderat. Danke vielmals

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Das Wort zum Eintreten ist frei.

ER Christian Schenk (SP)

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste und Medienvertreterinnen

Die SP-Grüne-Fraktion dankt den Kommissionsmitgliedern für die angeregte und produktive Diskussion und Arbeit sowie dem Kommissionspräsidenten Fabian Bolli für den ausführlichen Bericht. Das Ergebnis der Kommission überzeugt unsere Fraktion weitgehend. Einzig sind wir nicht einverstanden mit der Streichung des letzten Absatzes von Art. 10 in der Verordnung. Dem Kommissionsbericht ist zu entnehmen, dass die Streichung der Bestimmung die Gültigkeit nicht tangiert. Gleichzeitig sei die Gemeinde unter dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit dennoch zur Umsetzung der Bestimmung aufgefordert, insbesondere durch das darauf aufmerksam machen bei der Bewilligung der Fördergesuche. Diese Bestimmung gilt es somit zwingend zu berücksichtigen. Im Sinne der Transparenz, zum Schutz von Mieterinnen und Mieter und unter Beachtung dessen, dass dieser Satz keine nachteilige Wirkung hat, stellen wir daher den Antrag auf Beibehaltung des Artikels 10 in seiner ursprünglichen, vom Gemeinderat vorgesehenen Version.

Wir danken Euch herzlich für Eure diesbezügliche Zustimmung.

ER Nina Schärer (FDP)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste



Im Namen der FDP Fraktion danke ich allen Sitzungsteilnehmern insbesondere dem Kommissionsvorsitzenden Fabian Bolli sowie Roman Schwarz, welcher als Experte seitens Kanton anwesend war, für die effiziente und lösungsorientierte Kommissionssitzung.

Die Förderung von Energiesparmassnahmen und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energie sind auch für uns Liberale zentrale Anliegen. Denn Energieeffizienz und Eigenproduktion leisten einen konkreten Beitrag zur Versorgungssicherheit und stärken die Eigenverantwortung der Bevölkerung und der Unternehmen. Darüber hinaus ist die Verlängerung des Programmes ein klares Bekenntnis zur kontinuierlichen Energiepolitik auf Gemeindeebene.

Für die FDP ist zentral, dass die Gemeinde mit solchen Programmen die Eigenverantwortung stärkt und nicht ersetzt. Fördergelder sollen Menschen motivieren eigene Lösungen zu suchen, und nicht sich auf Subventionen zu verlassen.

In diesem Sinne verstehen wir das Energie Förderprogramm als partnerschaftliches Instrument zwischen Gemeinde und Bevölkerung.

Das vorliegende Programm setzt hier an der richtigen Stelle an. Wir schaffen gezielte Anreize, ohne zu bevormunden. Wer in einen nachhaltigen Heizungsersatz, Gebäudedämmung oder Solarenergie investiert, handelt im eigenen Interesse und leistet einen Beitrag zum Gemeinwohl. Die öffentliche Förderung hilft diese Eigeninitiativen zu beschleunigen. Besonders erfreut sind wir darüber, dass in der neuen Programmperiode auch die Erweiterung bestehender Batteriespeicher unterstützt wird. Diese Erweiterung stärkt die Stromautonomie jedes einzelnen Haushaltes und trägt zur Netzstabilität bei; gerade in Zeiten, in denen die Belastung der Stromnetze zunimmt. Diese Anpassung geht auf eine Anregung unserer Partei zurück, welche wir bereits in der Ratssitzung im August eingebracht hatten. Wir freuen uns, dass dieser Gedanke nun Eingang in das Programm findet.

Mit dem Einbezug von Batteriespeichern und abgestuften Förderbeiträgen wurde das Programm sinnvoll weiterentwickelt. Die FDP Fraktion empfiehlt das Energie Förderprogramm deshalb einstimmig zur Annahme. Vielen Dank.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Selbstverständlich hat auch die SVP/EDU Fraktion einen Kommentar dazu.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Gemeinderatspräsident, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich bin sehr sehr skeptisch in dieses Gremium eingestiegen, und ich möchte mich wirklich ganz herzlich besonders beim Kommissionspräsident bedanken, der mit seinem Engagement wirklich dafür gesorgt hat, dass wir das in einer Sitzung durchgebracht haben.

Ich hätte mir sehr gut vorstellen können, das unter einer anderen Führung, mindestens eine zweite Sitzung abgehalten hätte werden müssen.

Der Antrag von der SP/Grüne Fraktion – ob man das drin lässt oder nicht – ist für uns nicht wesentlich. Nur möchte ich sie generell alle zum Überlegen auffordern, ob so etwas in einer Verordnung zu suchen hat; was auf einer anderen Ebene ganz klar eine Voraussetzung ist.

Also ich möchte mich im Namen der SVP/EDU Fraktion bedanken, es war eine höchst angenehme Kommission, in der wir mitarbeiten durften und wir unterstützen dies voll und ganz.

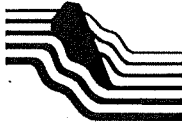
Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden. Eintreten ist somit beschlossen.

Wünscht Gemeindepräsident Felix Tenger das Wort zum Eintreten der Fraktionen?

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Nein danke, ich verzichte.



Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Damit kommen wir zur Detailberatung. Ich werde den Bericht und Antrag seitenweise durchgehen.

Keine Voten

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wird das Wort zu den Beilagen gewünscht?

ER Jakob Walter (parteilos)

Meine Damen und Herren

Eine Frage, da ich teilweise die Erfahrung gemacht habe, dass Fachleute unter bestimmten Worten etwas anderes verstehen als normale Leute: unter Artikel 2 ist „Gebäudehüllensanierungen“ ergänzt worden, früher hat es Gebäudesanierungen geheissen. Ich habe von mir aus einmal einen GEAK - Gebäudesanierungsausweis der Kantone machen lassen und da gibt es eine Priorisierung, was man am dringendsten und so weiter machen sollte. Erstens das Dach, zweitens die Isolation von geheiztem gegenüber ungeheizten Räume und drittens dann noch die Fassade. Wenn nun hier Gebäudehüllen steht, versteht hier der Fachmann wirklich bloss Dach und Fassade; das heisst die Wärmedämmung zwischen geheizten Räumen und ungeheizten wäre förderungsfrei, obwohl es im meinem Fall in der Prioritätenliste vor der Fassadendämmung steht.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Ich versuche dies gerade zu beantworten.

Wir haben dies eigentlich unverändert so von den letzten beiden Beitragsverordnungen übernommen. Was ergänzt worden ist, ist Gebäudehüllensanierung, anstatt Gebäudesanierung. Also ist im Prinzip nur eine Präzisierung. Was wir eh machen, wir stützen uns auf den Kanton ab. Das Gesuch wird dem Kanton eingereicht und dieser beurteilt das Gesuch dementsprechend und gibt es dann der Gemeinde mit der Beurteilung weiter. Wir richten dann demzufolge 25% aus. Der Kanton hat dafür extra einen Leitfaden herausgegeben, Fördersätze und Bedingungen, hier ist unter anderem auch die Gebäudehüllensanierung aufgeführt und die näheren Beschreibungen. Ich bin davon überzeugt, dass derjenige der dies einreicht, mit dem Architekt, falls er es mit einem gemacht hat, oder mit dem Handwerker, welcher dies ausführt, dies ausfüllen kann beziehungsweise automatisiert über die online Seite die Fragen beantworten kann.

ER Arnold Isliker (SVP)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ich hätte noch eine Frage an den Baureferenten bezüglich dem Fernwärmenetz.

Ich bin auch für dieses Förderprogramm, auch wenn ich 1979 mit meinem Senior ein Haus gebaut habe und dort schon Energiesparmassnahmen eingebaut habe – siehe Dreifachverglasung usw.

Mich würde es Wunder nehmen, wie wir heute Abend bereits gehört haben, ob die Abwärme der Röti vergütet wird. Wieviel wir durch die Abwärme der Röti von der Fernwärme decken können, und ausserdem möchte ich wissen wie viel Gas wir noch zusätzlich bräuchten wenn ein strenger Winter kommt? Das wäre meine Frage, denn wir reden ja immer vom Ausstieg der

fossilen Energien, vor allem von Gas und Erdöl, und ich frage mich wie das in Zukunft gehen soll, wenn wir zu wenig Abwärme hätten. Besten Dank.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Es wäre schön gewesen wenn ich die Frage im Voraus zugeschickt bekommen hätte, dann hätte ich sie entsprechend genau beantworten können.

ER Arnold Isliker (SVP)

Sie ist mir soeben in den Sinn gekommen.

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Die Spontaneität ist gut. Ich liefere dies gerne zu Händen Einwohnerrat nach.

Was ich schon mal sagen kann, ist, dass wir für den Perimeter, welchen wir momentan bedienen, genügend Abwärme der ARA Röti haben. Dies ist Punkt 1. Und Punkt 2, wir sind momentan mit 85% erneuerbare Energie unterwegs, und brauchen noch 15% Gas.

ER Arnold Isliker (SVP)

Was ist wenn das Gas nicht mehr vorhanden ist?

GR Christian Di Ronco (die Mitte)

Dann haben wir sicher eine Alternative, welche wir nachschieben können. Das wäre Kristallkugel lesen.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wird Rückkommen verlangt?

Das ist nicht der Fall.

Wir haben einen Antrag von ER Christian Schenk bezüglich der Streichung im Art. 10. Wir mehrten aus.

Antrag ER Christian Schenk

Es wird der Antrag gestellt auf Beibehaltung des Artikels 10 in seiner ursprünglichen vom Gemeinderat vorgesehenen Version: «Die Förderbedingungen des Kanton Schaffhausen müssen eingehalten werden. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung eines Förderbeitrages. Die Kosten müssen mittels Rechnungen belegt werden. Die ausbezahlten Fördermittel müssen steuerlich korrekt deklariert werden. Vermieter verpflichten sich zur Weitergabe der durch die Förderbeiträge erzielte Reduktion an die Mieterschaft.»

Wer dem Antrag der Kommission zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer dem Antrag von ER Christian Schenk zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Dem Antrag wird mit 11 zu 8 Stimmen wird dem Antrag der Kommission zugestimmt.

Wir kommen nun zu den Anträgen aus dem Bericht und Antrag:

Antrag 1

Die Teilrevision der Verordnung über Energie-Förderbeiträge vom 11. August 2010 (NRB 700.401) wird mit den Änderungen aus der Kommission genehmigt.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Dem Antrag wird mit 19 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Antrag 2

Zur Leistung von Beiträgen in den Jahren 2026 bis 2030 gemäss der Verordnung über Energie-Förderbeiträge vom 11. August 2010 wird ein Rahmenkredit von Fr. 500'000.- bewilligt.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Dem Antrag wird mit 19 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Antrag 3

Der beanspruchte Kredit ist jährlich dem Fonds für Gemeindeentwicklung bis zu einem Maximalbetrag von Fr. 500'000.- zu entnehmen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Dem Antrag wird mit 18 zu einer Stimmen zugestimmt.

Antrag aus der Kommission:

Zeichnet sich eine frühzeitige Ausschöpfung des Rahmenkredits ab, hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat rechtzeitig einen Nachtragkredit oder einen Bericht und Antrag vorzulegen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Dem Antrag wird mit 19 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Ziff. 1 dieser Beschlüsse untersteht nach Art. 14 lit. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Ziff. 2 und 3 dieser Beschlüsse unterstehen nach Art. 14 lit. d der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 6

Beantwortung der Interpellation Nr. 2025.03 von Bernhard Koller und Herbert Hirsiger vom 25. Juli 2025 mit dem Titel: «Theateraufführung im Rosenberg-schulhaus vom Juni 2025».

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Da ich in der Schulbehörde Einsitz habe, trete ich in den Ausstand und übergebe für dieses Traktandum das Präsidium dem Vizepräsident Roland Müller.

ER Präsidentin Isabella Zellweger verlässt den Tisch.

Das Präsidium wird von ER Vize Präsident Roland Müller übernommen.

ER Christian Schenk (SP)

Ich bin der Schulleiter vom Schulhaus Rosenberg, und trete daher ebenfalls in den Ausstand gemäss Artikel 18 der Geschäftsordnung. Ich danke an dieser Stelle für eine wertschätzende und aufrichtige Debatte.

ER Christian Schenk verlässt den Tisch.

Vize-Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Es geht um das Traktandum 6, die Beantwortung der Interpellation von Bernhard Koller und Herbert Hirsiger vom 25. Juli 2025 mit dem Titel „Theateraufführungen Rosenberg Schulhaus vom Juni 2025“.

Ich erteile ER Bernhard Koller / Herbert Hirsiger das Wort zur Begründung ihres Vorstosses.

ER Bernhard Koller (EDU)

Sehr geehrter Herr Vize Einwohnerratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste

Ich möchte somit einen Kommentar zur Beantwortung zur Interpretation Nummer 2025.03 durch den Interpellant abgeben. Ich komme zur Einleitung:

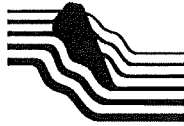
Wir danken für Abklärung des Vorfalles an der Rosebergschule. Dies betrifft auch vielseitige Auseinandersetzungen mit den Schülern in 19 anderen Workshops. Dies ist verdankenswert, aber nicht das Kernthema dieser Interpellation. Dieses beinhaltet Verantwortungsbewusstsein und Kenntnisse der Thematik. Die weiteren Workshops wie z.B. Spielplatzreinigung oder Nistplätze einrichten sind nicht vergleichbar mit der Theateraufführung «Gott und das Messer».

Ich komme zur Faktenlage:

Die Beantwortung der 13 Fragen zeigen an, dass sich die Verantwortlichen im Nachhinein mit der Thematik auseinandergesetzt haben. Auch der erfolgte Zuzug einer Kulturbeauftragten wird wohl das nächste Mal kritischer hinterfragt. Verantwortlichkeiten können nicht delegiert werden. Nach den ersten Reaktionen auf die Theateraufführung wurde auf die Thematik eher passiv reagiert. Die Information an die Eltern war eine positive Reaktion. Die Schulleitung wurde zur Analyse beigezogen inkl. involvierte Fachstellen.

Konsequenzen:

Die wichtigsten Erkenntnisse an den Neuhauser Schulen ist die Herausforderung im interkulturellen und interreligiösen Zusammenleben. Wie festgehalten wurde «Es scheint nach diesem Vorfall jedoch klar und wird als selbstverständlich für die Zukunft angesehen, dass Szenen mit heiklen Themen mit höchster Sorgfalt beurteilt werden und eine Zweitmeinung eingeholt wird,



damit ein solcher Vorfall nicht mehr vorkommen wird», dies ist das Zitat aus der Beantwortung der Interpellation durch den Gemeindepräsident.

Durch die Abwesenheit des Lehrpersonenteams entstand eine eigene Entwicklung des Workshops, der den Rahmen der Aufgabenstellung stark überschritten hatte. Der Brief der Schulleitung an die Eltern war ein Versuch, die Situation zu entschärfen.

Zusammenfassung:

Die Aufgabenstellung der Schulleitung ist herausfordernd und wurde vielleicht im Vorfeld unterschätzt. Die Ereignisse sind nicht mehr umkehrbar – wir können aber daraus für die Zukunft lernen. Kommunikation, Erfahrungsaustausch und Schulung sind sehr wichtig, vor allem bei den Schulen in Neuhausen. Zugezogene Spezialisten sind zu prüfen, ob sie das vermitteln, was auch dem Lernstoff entspricht. Dieser Lernstoff ist in der Umgangssprache zu vermitteln, damit die Inhalte dieser Lernstoffe nachvollzogen werden kann.

Es wird sicher nicht der letzte Fall dieser Thematik gewesen sein. Darum müssen wir bereit sein, auf diese Situationen zu reagieren. Es wäre von Vorteil, wenn mit den Schülern aktuelle Themen bearbeitet werden und Themen aus der Realität z.B. Femizide erklärt und besprochen werden.

Abschluss:

Wir danken der Schulleitung für diese Auseinandersetzung mit der Thematik nach dem Workshop. Es wurde in Gesprächen und Diskussionen über das Thema ausgetauscht. Auf Grund der Reaktionen durch die Kleine Anfrage, Elternbrief und Interpellation kommt zum Ausdruck, dass das Thema «Gott und das Messer» viele Personen an der Neuhauser Schule bewegen. Durch Anerkennung der Thematik trägt die auch bei zur Integration. Schulpräsidium und der Gemeinderat sollten auch die Schulleitung und die Lehrpersonen unterstützen.

Entscheidend ist, dass offen kommuniziert wird unsere Lehrpersonen die Situation erkennen und Unterstützung anfordern können um mögliche Eskalationen zu vermeiden.

Wir danken den engagierten Lehrpersonen für «Ihre Arbeit mit Herz und Empathie»

GR Marcel Zürcher (SP)

Geschätzte Anwesende

Die schriftlichen Antworten auf die Kleine Anfrage und die Interpellation wurden eingereicht – ich werde diese nicht wiederholen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, aus meiner Sicht als Gemeinderatsverantwortlicher für die Schulen aufzuzeigen, wie ernst wir die Vorkommnisse genommen haben – und weiterhin nehmen.

Nach dem Vorfall haben wir uns unter anderem folgende Fragen gestellt:

- War da etwas geplant, das bewusst provozieren sollte?
- Wurden Grenzen gezielt überschritten?
- Waren disziplinarische Massnahmen notwendig?

Nach vielen Gesprächen innerhalb der Schule, mit der Schulbehörde und auch externen Fachstellen konnten wir diese Fragen klar mit Nein beantworten.

Gleichzeitig haben wir uns auch diese Fragen gestellt:

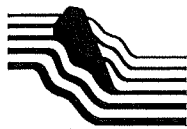
- Haben Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler mit guten Absichten gearbeitet?
- War die Art und Weise, wie das Theaterstück letztlich aufgeführt wurde, im Nachhinein ein Fehler?
- Braucht es eine vertiefte Aufarbeitung, damit so etwas künftig nicht mehr geschieht?

Hier sagen wir klar: Ja.

Das Theaterstück lief – das muss man heute offen sagen – leider anders ab als ursprünglich geplant. Die Absicht war pädagogisch sinnvoll und gut gemeint, doch die Art der Darstellung führte unbeabsichtigt zu einer Aussage, die nicht gewollt war. Das tut uns leid.

Deshalb haben wir rasch und koordiniert reagiert:

- Wir haben die Eltern der betroffenen Klassen umgehend informiert



- Wir haben den Vorfall intern sowie auch mit externer Unterstützung analysiert
- Wir haben die Abläufe und die Verantwortlichkeiten geklärt
- Wir haben die Lehrpersonen sensibilisiert und die internen Prozesse gestärkt

Weitere Massnahmen sind in Arbeit – insbesondere zusätzliche Kontrollmechanismen bei heiklen Themen und Abläufen, wie z. B. das Vier-Augen-Prinzip bei Präsentationen oder Aufführungen, klare pädagogische Einordnungen oder verbindliche Freigabeprozesse.

Als Schule bleibt uns wichtig, dass unsere Schülerinnen und Schüler auch in Zukunft gesellschaftlich relevante und herausfordernde Themen bearbeiten dürfen – aber künftig unter klaren pädagogischen und organisatorischen «Firewalls», damit sie geschützt bleiben und Irritationen wie im vergangenen Sommer nicht mehr vorkommen.

Zuletzt möchte ich erwähnen, dass die Schule derjenige Ort ist, wo sich alle Kulturen von Neuhausen treffen, ja sogar treffen müssen, weil es eine Schulpflicht gibt. Die Schule Neuhausen sieht dies als grosse Chance, über einen sehr langen und für einen Menschen prägenden Zeitraum (Alter von 4 bis 15 Jahren), dem Thema "Miteinander" eine hohe Gewichtung zu geben. Die besagte Theaterszene wurde im Rahmen eines solchen Projektes aufgeführt. Wir werden auch weiterhin dem gesellschaftlichen Miteinander einen hohen Stellenwert einräumen und dabei auch schwierige Themen miteinbeziehen. Die Learnings aus der Aufarbeitung der Theaterszene werden wir bei der Umsetzung berücksichtigen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vize-Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Vielen Dank für die Ausführungen. Ich frage die Interpellanten an, ob sie Diskussion verlangen.

ER Bernhard Koller (EDU)

Ja, gerne.

Vize-Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Dem ist so. Das Wort zur Diskussion ist offen.

ER Nina Schärer (FDP)

Sehr geehrter Herr Vize-Präsident, sehr geehrter Gemeinderat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste

Als wahrscheinlich einzige von uns war ich an dieser Schulaufführung. Ich habe die beschriebene Szene gesehen, und auch die schockierten Reaktionen der Eltern und der Lehrpersonen im Publikum.

Und ich weiss, dass meine kleine Anfrage zum Thema von einigen Vertretern in Schule und Schulbehörde als übertrieben bewertet wurde.

Deshalb bin ich froh, gibt uns diese Interpellation heute die Gelegenheit über dieses Thema zu sprechen; denn dies gibt mir die Möglichkeit auszuführen, welches mein wichtigstes Anliegen in diesem Themenfeld war und auch heute noch ist.

Doch zuerst danke ich im Namen meiner Fraktion dem Schulleiter Christian Schenk, der Schulbehörde sowie dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Interpellation.

Wir werten es, als positiv, dass Fehler in schulinternen Abläufen offen eingestanden wurden und Massnahmen ergriffen werden, um die internen Prozesse zu verbessern. Dieses Eingeständnis und die Bereitschaft zur Reflektion verdienen Anerkennung.

Wir haben vertrauen, dass die angekündigten Anpassungen, insbesondere klarere Zuständigkeiten, eine sorgfältigere Prüfung sensibler Inhalte und der bedarfsweise Einbezug von externer Fachpersonen dazu beitragen werden, ähnliche Vorfälle künftig zu vermeiden.



Gleichzeitig möchten wir die Gelegenheit nutzen, um auf ein grundlegendes Problem hinzuweisen, das durch diesen Vorfall sichtbar wurde. Offensichtlich gibt es in unserer Gemeinde Primarschulkinder die Gott und Religion mit Gewalt und Mord in Verbindung bringen. Und nicht nur das, sie haben sogar die Hemmschwelle verloren, ihre Gewaltfantasien im schulischen Umfeld offen mitzuteilen. Denn die inhaltliche Idee dieser religiös motivierten Theaterszene kam von den Schülern.

Das ist ein ernst zunehmendes Warnsignal. Wir sind der Überzeugung, dass dieses Thema über den schulischen Rahmen hinausreicht und einem gesamtgesellschaftlichen Dialog erfordert. Die Frage wie wir als Gemeinschaft reagieren wenn Kinder Religion mit Gewalt verknüpfen, ist sehr sensibel aber auch sehr aktuell und relevant. Wegzuschauen ist keine Option. Nur ein offener sachlicher Austausch kann dazu beitragen, dass alle Kinder lernen Glaube, Respekt und friedliches Zusammenleben miteinander zu verbinden.

Unsere Schulen sind einer der wichtigsten Träger unserer Gesellschaft, und die FDP Fraktion steht klar hinter unseren Schulen und Lehrpersonen. Wir erwarten daher, dass unsere Schulen nicht nur ihre internen Abläufe optimieren, sondern wir erhoffen uns auch, dass die Lehrpersonen die nötige Unterstützung, Sensibilität und fachlicher Begleitung erhalten, um bei Anzeichen kritischer Entwicklung von einzelnen Kindern frühzeitig und professionell reagieren zu können und daraus kein Theaterstück machen. Vielen Dank.

ER Jakob Walter (parteilos)

Meine Damen und Herren

Es gibt noch ein paar Punkte, welcher nach meinen Erachtens auch hier dazugehören, welche aber eigentlich noch nie zur Sprache gekommen sind. Ich habe hier 5 Punkte aufgeschrieben:

1. Anspruch des Theaters ist, das Publikum zum Denken oder sogar zum Diskutieren zu bringen. Auch Mord (Dürrenmatt: Der Besuch der alten Dame), Selbstmord (Shakespeare: Romeo und Julia) und Mord an der Obrigkeit (Schiller: Wilhelm Tell) wurde im Theater zum Thema gemacht und, siehe Letzteres, sogar gerechtfertigt. Das Anregen zum Denken und Diskutieren ist im Falle des Schulhauses Rosenberg ja hervorragend gelungen!
2. Aus Sicht der Schule: Es ist doch ein Glücksfall, wenn man ein Thema dann behandeln kann, wenn es die Schüler interessiert! Also z. B. Aufklärung dann, wenn die Kinder Fragen dazu stellen, nicht, wenn's im Stundenplan steht. (Gut, auf Fragen zu Grammatik oder Mathematik könnte man da lange warten.) Wenn man eine Gruppe hat, die sich für Gott interessiert, ist das doch genau der Anlass, Ideen vorzubringen, zu besprechen, einzuordnen. Mir ist klar, dass das in der Gruppe, also ohne Zuschauer, ohne Eltern geschehen muss; das ist denn auch der einzige Fehler, den ich erkennen kann.
3. Aus Sicht der Schüler: Ich gehe davon aus, dass die Idee einer gewaltsamen Bekehrung (worin gerade das Christentum eine Jahrhunderte lange Erfahrung hat) nicht aus der Schule kommt. Woher dann? Aus dem Elternhaus? Aus einem Bet-Verein? Aus «sozialen» Medien? Unsere Schule muss ein Ort sein, wo auch die verquersten Ideen angesprochen werden können, wo die Kinder Orientierungshilfe erhalten, wenn sie sich von Elternhaus oder Bet-Verein oder Gruppe oder «sozialen» Medien überfordert oder im Stich gelassen fühlen. Ich freue mich, wenn die Schule nicht nur Lernstoff vermittelt, sondern auch als Orientierungshilfe, ja eigentlich Lebenshilfe, wahrgenommen wird! Aber, nochmals: Dazu braucht's keine Zuschauer!
4. Für die Schule: Wie weiter? Offenbar waren einzelne Eltern schockiert, zu sehen, was in den Köpfen einzelner Kinder vor sich geht. Klar, man kann ihnen den Schock ersparen: Man lädt sie nicht mehr ein, oder man organisiert die Darbietungen so, dass nur



Zensuriertes, Geglättetes, Erbauliches zur Darstellung kommt. Wollen Eltern nur sehen, wie ihre wohlerzogenen Kinder «herzige» Geschichtchen aufführen? Sollen sie nicht erfahren, was in einzelnen Kinderköpfen wirklich herumsputzt?

5. Für einzelne Ratskollegen – ach ja, und drei Ratskolleginnen: In ihrem Übereifer haben Sie unsere gute Schule und unsere «freundliche Gemeinde» weit herum in die negativen Schlagzeilen gebracht. Schade!

ER Ernst Schläpfer (parteilos)

Persönlich stehe ich dazu, wenn Nina etwas erstaunt war, von einer Theateraufführung, die aus ihrer Sicht Fragen aufwirft, dann ist es aus meiner Sicht korrekt, sich mit einer kleinen Anfrage an die Behörden zu wenden. Das hätte aber aus meiner Sicht genügt. Die nun vorliegende anschliessende Interpellation ist aber klarer Populismus und daher völlig unnötig, man und frau hätte zumindest die Antwort auf die kleine Anfrage abwarten können.

Offensichtlich wollte man sich aber die Chance nicht entgehen lassen, die Zustände an den Schulen in Neuhausen öffentlich zu diskutieren und gibt mir nun so auch die Chance meine Meinung über den vermeintlich schlimmen Vorfall in aller Öffentlichkeit zu äussern. Herzlichen Dank, es ist mir ein Bedürfnis.

Die meisten der gestellten Fragen in der Interpellation zeigen nur eines auf, nämlich, dass die Interpellanten und Interpellantinnen keine Ahnung vom Funktionieren einer modernen Schule und von den Diskussionen um eine zeitgemässe Erziehung haben.

Bleiben wir doch einmal sachlich. In der Schaffhauser Nachrichten von gestern habe ich gelesen Femizide und Fälle von häuslicher Gewalt nehmen in der Schweiz drastisch zu. Und in der Schaffhauser Nachrichten von vorgestern stand zu lesen, dass ein 78jähriger in Truttikon seine Frau und anschliessend sich selbst getötet hat. Aus diesen beiden Nachrichten geht eindeutig hervor, dass nicht nur religiöse begründete Femizide in der Schweiz ein grösseres Problem sind. Eine jede aufmerksame Lehrperson oder engagierte Kulturbeauftragte wird es darum geradezu ein Anliegen sein, das Thema zwingend in der Schule aufzunehmen und die jungen Menschen dahingehend zu sensibilisieren. Das ist aus pädagogischer Sicht ein Muss und darf eben gerade nicht verschwiegen werden. Und je sachlicher es angegangen wird, umso besser, die Elternmeinung spielt dazu eben gerade keine Rolle und ein Notszenarium, eine psychologische Betreuung und der gleichen hat da gar nichts zu suchen, und zwar, weil dies aus einem gröberen gesellschaftlichen Problem ein emotionales Trauma machen würde. Grundsätzlich ist es also richtig, dass das Thema an einer Schule aufgenommen wird, und deshalb ist es sogar zwingend, dass das Ereignis in der Schule noch mehrere Male stattfindet.

Wenn eine Lehrperson oder eine Kulturbeauftragte dieses Thema als wichtig findet, wird sie nie, aber auch gar nie die Schulleitung oder gar die Schulbehörde um Erlaubnis fragen, denn wie heisst es so schön: Die Lehre und die Forschung sind frei! Es wäre im Gegenteil absolut fatal, wenn die Lehrpersonen bei jedem Thema die Schulleitung oder die Behörde um Erlaubnis fragen müssten, ja eine solche Vorgabe würde das Unterrichten sehr, sehr erschweren. Und ich spreche jetzt als langjähriger Schulleiter, wenn ein Schulleiter so etwas im Voraus von den Lehrpersonen fordern würdest, wäre er sehr, sehr schnell im Verruf. Manchmal ist es sogar schwierig als Schulleiter zu reagieren, wenn wieder einmal eine Lehrperson massiv übertrieben hat und er oder sie irgendwie im Nachhinein die Wogen glätten muss. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie schnell dann die Lehrpersonen zum ED oder zur Aufsichtsbehörde rennen und sich über die Schulleitung beklagen. Klar darfst du als Schulleiter für jeden Unsinn deiner Lehrpersonen den Kopf hinhalten, aber wenn du das dann nicht machst und korrigierend eingreifst, hast du nicht nur in Einzelfällen auch ein Riesentheater. Wenn sie wollen, kann ich ihnen ein paar Musterli aus meiner Tätigkeit dazu erzählen, dauert einfach zwei, drei Stunden.



Mit anderen Worten, es wurde ein sehr wichtiges Thema in die Schule hineingetragen und die Schulleitung als auch die Schulbehörde haben sich völlig angepasst und korrekt verhalten, genauso wie es ihnen eben vorgeschrieben ist.

Unglücklich war sicherlich die Tatsache, dass das Thema völlig unvorbereitet und erst noch von Schülerseite unter Beteiligung einer auswärtigen Kulturbeauftragten in die Schule getragen worden ist. Nun das erlebt aber eine Schulleitung wie bereits gesagt, dauernd, es gibt meist kein Thema, von dem sie weiss, wie es vorbereitet wurde, wie es abgehandelt wurde und ob es allenfalls nachbehandelt wurde. Das ist nämlich der eigentliche Job der Lehrpersonen und nicht der Schulleitung oder gar der Schulbehörde. Was die Behörde oder auch die Schulleitung sicher besser gemacht haben könnten, wäre die Aufarbeitung der Thematik, nachdem sie bekannt wurde, das hat man wohl etwas verschlafen. Aber zur richtigen Aufarbeitung hätte meines Erachtens nach, der Auftrag an sämtliche Lehrpersonen genügt, das Thema «Femizid» im Unterricht aufzunehmen und sachlich zu diskutieren und eben gerade darauf hinzuweisen, dass in der Schweiz absolute Intoleranz für Femizide, jeglicher Art oder Gewalt in der Familie herrscht. Ein Elternbrief oder gar eine externe psychologische Begleitung oder Aufarbeitung ist dabei völlig unnötig, ja im Gegenteil es verhindert eine altersgemässe Behandlung des Themas völlig, weil eben weitere Erwachsene beigezogen werden und wäre damit kontraproduktiv.

Und wenn nun aus einem schulischen zwingenden Thema von mehreren Einwohnerräte ein politisches Thema gemacht werden soll, finde ich persönlich das Vorgehen mit einer kleinen Anfrage von Nina, wie bereits gesagt, als völlig legitim. Ich denke, mit dieser kleinen Anfrage hat sie den Schulbehörden die Möglichkeit gegeben, sachlich zu reagieren und sich auch nochmals zu überlegen, ob die Nachbehandlung im Anschluss an die Aufführung die beste Lösung war.

Die Fragen in der vorliegenden Interpellation sind aber, wie ebenfalls bereits am Anfang gesagt, meistens nur populistisch, zeigen zudem auf, dass die Interpellanten von den Abläufen in einer heutigen Schule wenig bis gar nichts verstehen und dienen wohl nur dem Zweck, sich selber zu profilieren. Das ist den Interpellanten offensichtlich gelungen, wenn vielleicht auch nicht auf die Art und Weise wie erhofft, es stellt euch nämlich als ziemlich unsachlich, eben populistisch hin.

Und eine sicherlich ebenfalls populistische Anmerkung kann ich mir halt doch nicht verkneifen. Die Interpellation kommt nämlich ausgerechnet von der EDU und der SVP. Wie würden diese wohl reagieren, wenn die Schulleitung und die Schulbehörde zwingend für jeden Hafenkuck von einer Lehrperson im Voraus die Erlaubnis erteilen müssten, von vorneherein einen Notfallmassnahmenplan erstellen und vorsorglich psychologische Betreuung anfordern müssten. Die EDU und die SVP wären mit Garantie, die allerersten, die über eine solche Vorgehensweise ihr Lästermaul schwenken und sich über die Kosten beschweren würden.

Aber danke, immerhin habt Ihr nun das Thema auch in diesen Rat gebracht und so konnte ich auch etwas dazu sagen. Ich bin überzeugt, dass von mir Gesagte wird euch wiederum nicht sehr gefallen. Vielleicht hätte der Gemeinderat oder unser Präsidium auch hier besser im Voraus etwas psychologische Betreuung angefordert, diesmal für euch.

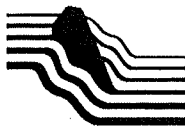
Vize-Einwohnerratspräsident Roland Müller (Grüne)

Gibt es weitere Voten? Die Diskussion hat sich erschöpft.

Das Geschäft ist erledigt.

ER Präsidentin Isabella Zellweger kommt an den Tisch.

ER Christian Schenk kommt an den Tisch.



Traktandum 7

Beantwortung der Interpellation Nr. 2025.02 von Deborah Isliker vom 18. Juni 2025 mit dem Titel: Erhöhung der Nachtparkgebühren, Schutz der Parkplätze für Einheimische sowie Verbesserung der Kontrolle und Signalisation.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Ich erteile ER Deborah Isliker das Wort zur Begründung ihres Vorstosses.

ER Deborah Isliker (SVP)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren vom Gemeinderat, liebe Einwohnerinnen und Einwohnerräte, liebe Anwesende

Ich danke dem Gemeinderat für die schriftliche Beantwortung meiner Interpellation zu den Nachtparkgebühren, zum Schutz der Parkplätze für Einheimische und zur Verbesserung der Kontrolle und Signalisation.

Wie sie sich vielleicht vorstellen können, bin ich nicht ganz glücklich...

ER Ernst Schläpfer (parteilos)

Ich stelle einen Ordnungsantrag.

Ich möchte, dass darüber abgestimmt wird. Bei einer Interpellation ist es so, dass man zuerst eine Begründung zur Interpellation äusserst. Anschliessend kommt die Antwort, und erst dann kommt die Diskussion. Jetzt haben wir es zum zweiten Mal anders. Ich stelle den Antrag, dass hier nun nur begründet wird, und dann kommt die Antwort. Anschliessend können wir dann diskutieren.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Besten Dank Ernst Schläpfer. Darf ich Deborah Isliker bitten hier nun nur zu begründen.

ER Deborah Isliker (SVP)

Danke für den Einwand und die Rückmeldung.

Mir ist aufgefallen, dass sehr oft Parkplätze besetzt sind, auch in meiner Nachbarschaft. Ich hatte verschiedenen Austausch auch mit vielen Nachbarn, welche mir anvertraut haben, dass es oft sehr schwierig ist Parkplatz zu finden, auch wenn man Besuch hat, oder es werden auch teilweise Parkplätze von Arbeitsfahrzeugen den ganzen Tag lang besetzt bis spät in die Nacht. Darum habe ich die Interpellation geschrieben und dem Gemeinderat unterstellt.

GR Sabina Tektas-Sorg (SP)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Wir haben die Antwort schriftlich abgegeben, früher haben wir das mündlich gemacht. Ich wiederhole mich ungern, wenn es eine Diskussion geben sollte, dann sollte diese jetzt beantragt werden.

ER Roland Müller (Grüne)



Ich kann es ganz kurz fassen. Es gibt ja tatsächlich ein Problem mit den Parkplätzen. Aus diesem Grund planen ich und ein paar andere einen Vorstoss, dass ein Parkierkonzept erstellt wird. Ein Parkierkonzept ist notwendig, um die Einwohner von Neuhausen am Rheinfall wirksam vor belastendem Parksuchverkehr zu schützen und ihre Lebensqualität zu sichern.

ER Deborah Isliker (SVP)

Ich möchte mich nochmals für die Rückmeldung bedanken.

Ich habe noch ein paar Ergänzungen, welche mir in der Beantwortung etwas zu wenig in die Tiefe gegangen sind. Ich kürze es auch etwas ab, mit Rücksicht auf die vorangeschrittene Stunde.

Ein Punkt ist die Arbeitsbelastung der Ortspolizei. Das heutige System mit wöchentlichen bzw. täglichen Kontrollfahrten, Erfassen aller Nummernschilder und Nachrecherchen – wohl manuellen Erfassung? – wirkt auf mich ziemlich mühselig und bürokratisch.

Ich bin deshalb überzeugt, dass wir über vereinfachte Kontrolle und bessere Sichtbarkeit nachdenken sollten. Eine gut sichtbare Plakette im Fahrzeug, etwa an der Seitenscheibe oder an einer definierten Stelle, würde die Kontrolle enorm erleichtern – sowohl für die Ortspolizei wie auch für die Nachbarschaft, die sofort sieht: «Dieses Fahrzeug hat eine gültige Bewilligung.»

Das Argument, eine Vignette sei im Winter wegen vereister oder verschneiter Scheiben kaum kontrollierbar, überzeugt mich nur teilweise. Gemäss den Klimadaten von MeteoSchweiz haben wir in Schaffhausen im Mittel etwa 80 Frosttage pro Jahr. Ja, an diesen Tagen braucht die Kontrolle vielleicht etwas mehr Aufwand – an der grossen Mehrzahl der Tage im Jahr wäre eine sichtbare Plakette aber eine klare Vereinfachung gegenüber der heutigen Erfassung.

Abschliessend möchte ich dem Gemeinderat danken, dass er eine Erhöhung der Nachtparkgebühr und weitere Anpassungen prüft. Ich bin Roland dankbar, wenn er hier einen weiteren Vorstoss macht. Ich wünsche mir, dass diese Prüfung nicht nur punktuell erfolgt, sondern im Rahmen einer breiteren Überarbeitung der Gebührenordnung und mit einem besonderen Augenmerk auf Transparenz, Fairness für Einheimische und einer praxistauglichen Entlastung der Ortspolizei. Besten Dank.

ER Peter Fischli (FDP)

Sehr geehrte Frau Einwohnerratspräsidentin, liebe Versammlung, ehrenwerte Gäste

Zur Diskussion der Interpellation von Deborah Isliker namens der FDP Fraktion nur so viel, ich zitiere aus der Antwort des Gemeinderates: «Auf öffentlichen Parkflächen ist kein systematischer Missbrauch feststellbar. Sämtliche Fahrzeuge werden erfasst.»

Dies ist auf Seite 3 für Jede und Jeden nachlesbar. Damit hat sich die Sache erledigt, denke ich.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

Keine Angst ich möchte nicht über Parkplätze sprechen, das würde meine Kapazität um Viertel nach 10 wirklich sprengen. Aber ich möchte ganz kurz Licht ins Dunkle bringen, bezüglich der Interpellation. Ich bin froh, dass wir eine Interpellation nach neuem Recht jetzt haben. Die Idee war damals, dass wir nun mehrere Schritte einführen, damit wir produktiver diskutieren können, so dass wir nicht nur ja, nein – danke, haben, sondern, dass eben solche Dinge passieren, wie vorhin, dass wir eine schriftliche Beantwortung haben.

Der erste Schritt ist also die Einreichung, der zweite die Beantwortung und nach der Beantwortung wird die Interpellation im Einwohnerrat beraten. Diese Beratung beinhaltet 2 Dinge: erstens



die Interpellantin begründet die Interpellation und der Gemeinderat kann die Antworten mündlich ergänzen. Anschliessend kann die Interpellantin /der Interpellant entscheiden, ob sie/er mit der Antwort zufrieden ist, oder eben nicht und dann würde eine Diskussion stattfinden, oder wenn auch ein anderes Ratsmitglied dies verlangt. Das zur Präzisierung für das nächste Mal.

GR Sabina Tektas-Sorg (SP)

Ich glaube, da nun schon Fragen kommen, ist es richtig, dass ich diese beantworte.

Du fragst bezüglich der Kontrolle: es wird nicht täglich kontrolliert sondern es wird wirklich einmal die Woche kontrolliert, und es werden wirklich alle systematisch geprüft. Bezüglich der Vignette möchte ich hier noch anmerken, es geht nicht darum, dass man den Nachbarn kontrollieren kann, sondern wichtig ist zum Schluss, dass diejenigen die Zahlen müssen auch bezahlt haben. Dies stellt die Verwaltungspolizei sicher.

Dass alle anderen sehen, ob jemand bezahlt hat oder nicht, ist sekundär. Aus diesem Grund ist die Vignette für mich nicht die Lösung.

ER Deborah Isliker (SVP)

Wie wird kontrolliert?

GR Sabina Tektas-Sorg (SP)

Es wird jede Strasse abgefahren, dies ist nötig, damit man sieht, wo sie stehen.

Ich hatte zuerst auch das Gefühl, dass so eine Kamera die Lösung wäre. Ich habe dies auch schon im Ausland gesehen, rein praktisch hat sich aber rausgestellt, dass die Autos nicht so schön nebeneinander parkieren sondern eher hintereinander. Aus diesem Grund kann man nicht so schön abfahren und aufnehmen. Es sind schlussendlich technische und praktische Fragen. Am einfachsten ist durchfahren und schauen wer wo steht und es dann abgleichen.

Wir sind noch am Schauen, vielleicht gibt es doch noch technische Möglichkeiten, um es etwas effizienter zu gestalten, aber im Moment wird es, so denke ich, sehr effizient gemacht.

Einwohnerratspräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Gibt es weitere Voten? Die Diskussion hat sich erschöpft.

Das Geschäft ist erledigt.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 11. Dezember 2025 statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Isabella Zellweger
Präsidentin

Urs Schüpbach
Stellv. Aktuar